

banken magazin

AUS LIECHTENSTEIN | Ausgabe 23 | Juni 2012

DBA MIT GROSSBRITANNIEN

Details zum neuen Abkommen

DAS NEUE AIFM-GESETZ

Eine Bestandsaufnahme

BIOMIMICRY

A new Economic Driver
with Financial Needs



LIECHTENSTEINISCHER
BANKENVERBAND

Innovationen sind gefragt. Es geht jetzt darum, sich neu zu erfinden. Diese Ausgabe des BANKENMAGAZINS hat Ausschau nach echten Ideen für den Finanzplatz gehalten und wurde fündig. Unter anderem auch in der Biomimicry, wo der Mensch aus der Natur lernt, wie das Beispiel der Lotusblume eindrücklich zeigt.



© Elwynn - Fotolia.com

Impressum

Das BANKENMAGAZIN ist eine Publikation des Liechtensteinischen Bankenverbands. Es erscheint vierteljährlich.
V.f.d.I. Simon Tribelhorn, Geschäftsführer
Liechtensteinischer Bankenverband
Austrasse 46, 9490 Vaduz, Fürstentum Liechtenstein
T: +423 230 13 23, F: +423 230 13 24
info@bankenverband.li, www.bankenverband.li





BANKEN PRÄSENTIEREN SICH IN WIEN

Im Rahmen einer Einladung zum Gedankenaustausch Ende Juni in Wien konnte der Liechtensteinische Bankenverband zahlreiche Vertreter aus Österreichs Politik, Wirtschaft und Medien begrüßen und aktuell über die Entwicklungen am Bankenplatz informieren sowie Kontakte pflegen. Regierungschef Klaus Tschütscher und I. D. Prinzessin Maria-Pia Kothbauer, Botschafterin des Fürstentums Liechtenstein in Wien, informierten ebenfalls über die Entwicklungen Liechtensteins (siehe Bericht dazu Seite 10).



FIU-CHEF BRÜLHART TRITT ZURÜCK

René Brühlhart, seit 2004 Leiter der FIU, tritt auf eigenen Wunsch zurück, um sich neuen Herausforderungen zu widmen. Brühlhart trug entscheidend dazu bei, dass Liechtenstein heute im Bereich der Missbrauchsbe-kämpfung als glaubwürdiger Partner international etabliert ist. Neben der konsequenten Aufarbeitung der prominenten Fälle wie die Rückführung von irakischen Vermögenswerten oder die Aufdeckung des Siemens-Skandals 2006 hat sich die FIU unter der Leitung von René Brühlhart insbesondere um die entsprechende Sensibilisierung nach innen sowie die Vernetzung nach aussen verdient gemacht, so der liechtensteinische Regierungschef Tschütscher anlässlich des Rücktritts. Brühlhart, der seit 2012 auch Vice-Chair der Egmont Group ist, wird die Leitung der Stabsstelle FIU Mitte Juli an seinen Stellvertreter, den Schweizer Juristen Daniel Thelesklaf übergeben, der Anfang September die Führung übernimmt.

ENGLISCH-SPRACHTRAININGS FÜR BANKMITARBEITENDE

Ab August 2012 stehen den Mitarbeitenden von Banken in Liechtenstein und ihren Gruppengesellschaften Englisch-Sprachtrainings auf unterschiedlichen Niveaus zur Verfügung. Die Trainings werden durch kompetente, professionelle Lehrkräfte in deren Muttersprache geleitet und in Kurslokalitäten in Vaduz durchgeführt. Die Sprachtrainings finden ausschliesslich zu Randzeiten statt und können günstiger angeboten werden als vergleichbare Kursangebote für Kleingruppen in der Region. Im ersten Jahr beschränkt sich das Angebot ausschliesslich auf Diplomkurse, eine spätere Ausweitung auf zielgruppenspezifische Angebote ist möglich. Weitere Informationen unter www.bankenverband.li, Rubrik Ausbildung.



BANKENRATGEBER 2012 ERSCHIENEN

Die neue Ausgabe des Bankenratgebers für die Schweiz und Liechtenstein (BSL) ist im Mancassola-Verlag erschienen und bietet Wissenswertes rund um das Thema Banking. Fachleute aus Bank-, Finanz-, Rechts- und Steuerwesen geben Antworten auf Fragen zu den verschiedenen Mechanismen des gegenwärtigen Systems. Der Ratgeber kann direkt beim Liechtensteinischen Bankenverband bestellt werden oder unter www.ed-mancassola.com.

NEUE FAKTEN ZUM BANKENPLATZ

Der Liechtensteinische Bankenverband hat den Informationsflyer „Der Bankenplatz Liechtenstein“ aktualisiert. Die Ausgabe 2012 wird im Juli publiziert und enthält die aktuellsten Zahlen und Fakten zum Bankenplatz Liechtenstein. Er ist in Deutsch und Englisch verfügbar. Die Broschüre kann unter info@bankenverband.li bestellt sowie online auf www.bankenverband.li heruntergeladen werden.

4 News und Hintergründe

10 Netzwerk

Banken präsentieren sich in Wien

14 DBA mit Grossbritannien

Liechtenstein vertieft Kooperation

16 Zukunftsfähigkeit sichern

Wie die LGT nachhaltig agiert

18 Das neue AIFM-Gesetz

Eine Bestandsaufnahme

20 Regulations and the Global Impacts

Alex Merriman about the impact on Liechtenstein banks

22 Protect the Rights of Future Generations

Interview with Jakob von Uexküll

26 Biomimicry

A new Economic Driver with Financial Needs

28 Social Investing

Fixing Capitalism with Capitalism

30 Westschweizer Aussensicht

Korrespondent Thierry Déléze über komplexe Wirtschaftsthemen und das Tempo in den Medien

32 Fondsplatz Europa

Chancen für KMU-Venture Capital Fonds

34 Philantropie in der Praxis

Peter Wuffli und Andreas Kirchschläger über ihre Erfahrungen mit der elea Foundation

36 Früh übt sich

Schuldenprävention in der Schule

38 Potz Tuusig

Der LBV fängt ganz klein an

40 Vorgestellt

Florian Marxer, VR-Präsident der Centrum Bank AG

News



7. Liechtensteinischer Bankentag

Am 22. August 2012 findet der 7. Liechtensteinische Bankentag in Vaduz statt. Für diesen hochkarätigen Anlass konnte der Liechtensteinische Bankenverband Professor Xavier Sala i Martín als Keynote Speaker gewinnen. Sala i Martín ist

einer der führenden internationalen Ökonomen und Wirtschaftsprofessor an der Columbia University in New York. Er war Berater des IWF und der Weltbank und ist Wirtschaftsberater des Center for Global Competitiveness beim WEF sowie Autor des bedeutenden Global Competitiveness Reports. Seit zwanzig Jahren forscht Sala i Martín am National Bureau of Economics Research. Der Spanier erhielt 2004 den König Juan Carlos I-Preis, der alle zwei Jahre an den besten Ökonomen Spaniens und Lateinamerikas vergeben wird. Bis 2010 war er Präsidiumsmitglied des FC Barcelona und 2006 interimistisch dessen Präsident. Seit der Jahrtausendwende durchlebt die internationale Finanzwelt einen Transformationsprozess, wie er in dieser Ausprägung kaum in der Geschichte vorkommt. Die Zeit ist reif für Innovationen und gleichzeitig trägt Bewährtes zur Stabilität bei. Ein Balanceakt, der gute Rezepte verlangt. Denn die grossen Herausforderungen für internationale Finanzplätze werden weiter zunehmen. Welcher Weg ist der richtige? Wie können die anstehenden Herausforderungen gemeistert werden? Sala i Martín, bekannt für seine pointierten, verständlichen und auch humorvollen Vorträge, wird zu diesen Fragen Stellung nehmen. Er hält seinen Vortrag „How to succeed in a competitive

environment – what is the key and what makes the difference?“ in englischer Sprache, für Simultanübersetzung ist gesorgt.



LBV-Jahresbericht 2011

Dieser Ausgabe des BANKENMAGAZINS liegt der Jahresbericht 2011 des Liechtensteinischen Bankenverbands bei, der aktuelle Zahlen und Fakten zur Entwicklung am Bankenzentrum enthält. Das wirtschaftliche Umfeld war auch 2011 geprägt von den Aus- und Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die marktseitigen Entwicklungen haben sich bei den Erträgen bemerkbar gemacht. So reduzierte sich der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft um 10 Prozent. Trotz der Turbulenzen im Jahr 2011 ist die Cost-Income-Ratio der liechtensteinischen Banken mit 65,5 Prozent (Vorjahr 52,2 Prozent) im Vergleich zu anderen Finanzmärkten immer noch ansprechend, wobei der Margendruck weiter zunehmen wird. Der Rückgang der aggregierten Jahresgewinne auf CHF 163 Mio. wurde neben den herausfordernden Marktbedingungen auch von mehreren Sondereffekten beeinflusst, darunter der Verkauf des Deutschlandgeschäfts durch die LGT sowie die Einzelwertberichtigung der LLB. Das betreute Kundenvermögen in Liechtenstein reduzierte sich um rund CHF 4 Mrd. auf CHF 117 Mrd. und im Gegensatz zum Vorjahr mussten die Institute in Liechtenstein einen geringen Nettoneugeldabfluss von CHF 0,5 Mrd. verzeichnen. Der Rückgang der verwalteten Vermögenswerte um 3,5 Prozent

ist insbesondere auf die Performanceentwicklung an den Märkten sowie den starken Franken zurückzuführen. Als Vergleich verlor der breit aufgestellte Schweizer Börsenindex SPI in der gleichen Zeitspanne rund 7,7 Prozent.

Neugeld: Trend hält an

Auf konsolidierter Basis, das heisst unter Einbezug der Tätigkeit der Banken im Ausland, stabilisierte sich das verwaltete Vermögen per Ende 2011 bei insgesamt CHF 166 Mrd. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen geringfügigen Rückgang um 1,3 Prozent und ist auf die nachteilige Marktentwicklung zurückzuführen. So hält der seit Mitte 2010 feststellbare Trend hin zu verstärkten Neugeldzuflüssen weiterhin an. Bemerkenswert ist die starke Zunahme der konsolidierten Netto-Neugeldzuflüsse im Jahr 2011 um 21,5 Prozent auf CHF 7,1 Mrd. Die Kernkapitalquote (Tier 1 Ratio) betrug Ende 2011 über alle Banken konsolidiert betrachtet 17,2 Prozent. Damit erfüllen die Banken bereits jetzt die künftig geltenden Basel III-Anforderungen.

Grosse Zustimmung zur Schaffung des AIFM-Gesetzes

Der Landtag des Fürstentums Liechtenstein hat am 21. Juni 2012 in erster Lesung die Vorlage zur Schaffung des Gesetzes über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMG) behandelt. Das Eintreten auf die umfangreiche Gesetzesvorlage mit 190 Artikeln wurde vom Landtag nach ausschliesslich positiven Eintretensvoten einstimmig beschlossen. Die Gesetzesvorlage, die eine hervorragende Kombination von EWR-Rechtsumsetzung, Anlegerschutz und Marktförderung für die Fondsindustrie darstellt, wurde von allen Abgeordneten begrüsst. Auf grossen

Zuspruch stiess die Intention, mit einer notwendigen EWR-Rechtsumsetzung verbundene Geschäftsmöglichkeiten frühzeitig zu erkennen und mit einer raschen Umsetzung neue Impulse für den Finanzmarkt zu setzen. Liechtenstein ist einer der ersten Staaten, der einen Umsetzungsentwurf vorgelegt hat.

International anerkannter Fondsplatz

Das flexible und moderne Gesetz soll den Fondsplatz Liechtenstein international als anerkannten Fondsplatz positionieren, stärken und ein nachhaltiges Wachstum ermöglichen. Liechtenstein bietet als Wirtschaftsstandort bereits viele attraktive Ansiedlungsfaktoren wie Rechtssicherheit, EWR-Mitgliedschaft, Anbindung an den schweizerischen Wirtschaftsraum, hohe Kompetenz im Vermögensverwaltungsgeschäft, eine international und europäisch anerkannte Aufsichtsbehörde und ein attraktives sowie den internationalen Standards entsprechendes Steuersystem. Der Ansatz des Gesetzes ist auf eine strenge Regulierung der Verwalter und eine liberale Produktregulierung ausgerichtet. Dabei steht der Reputationsschutz, aber auch die Transparenz gegenüber den Anlegern im Vordergrund. Auf die regionale Struktur mit vielen Klein- und Mittelbetrieben wird mit einer beschränkten Zulassungspflicht (Registrierung) kleiner AIFM reagiert und über das sogenannte Geschäftspartnermodell werden neue Geschäftsfelder für Administratoren, Risikomanager, Vertriebsträger und Prime Broker eröffnet. Für diese Tätigkeiten sowie für die Aufgaben einer Verwahrstelle, die jeder AIFM für die Fonds zu bestellen hat, bieten sich verschiedenste bestehende liechtensteinische Dienstleister (Banken, Treuhänder, Vermögensverwalter, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte) an.

News



FIU im Jubiläumsjahr mit positiver Bilanz

Die Financial Intelligence Unit (FIU), die liechtensteinische Meldestelle zur Bekämpfung der Geldwäscherei, stellte am 29. Mai 2012 den Jahresbericht 2011 vor und zog eine positive Bilanz. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 289 (Vorjahr 328) Verdachtsmitteilungen gemäss Sorgfaltspflichtgesetz, 6 (Vorjahr 19)

Meldungen gemäss Marktmissbrauchsgesetz sowie 74 (Vorjahr 3) Meldungen und Bewilligungsgesuche gemäss Gesetz über die Durchsetzung internationaler Sanktionen ein. Von den insgesamt eingegangenen Verdachtsmitteilungen haben 72 Prozent ihren Ursprung in der Arbeit der internen Compliance der Finanzintermediäre. Gemäss FIU-Chef Brühlhart ist dies deutlich über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre und ein starkes Indiz für die wirksame Implementierung der Bestimmungen zur Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierungsbekämpfung am Finanzplatz Liechtenstein. Trotz des im Vorjahresvergleich leichten Rückgangs bei den Verdachtsmitteilungen liegt die Anzahl der Mitteilungen immer noch um 36 Prozent über dem Durchschnitt der neun vorangehenden Jahre. Die deutliche Zunahme von 3 auf 74 Meldungen und Bewilligungsgesuche im Bereich der internationalen Sanktionen ist auf die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem arabischen Frühling sowie auf die im Rahmen der Umsetzung der internationalen Vorgaben eingeführten Melde- und Bewilligungspflicht für Transaktionen mit iranischem Bezug zurückzuführen.

Internationale Vernetzung

Bei der internationalen Zusammenarbeit lag der Fokus der Stabsstelle FIU 2011 in der konkreten Fallzusammenarbeit. Die internationale Zusammenarbeit beschränkt sich jedoch nicht nur auf fallspezifischen Informationsaustausch, sondern umfasst auch einen allgemeinen Erfahrungs- und Informationsaustausch über die Mitgliedschaft in internationalen Arbeitsgruppen und Organisationen. Dazu gehörte 2011 die Mitwirkung bei den für die FIU relevanten Vorarbeiten der EU/EWR-Mitgliedstaaten für den im Herbst dieses Jahres erwarteten Entwurf der 4. EU-Geldwäschereirichtlinie sowie die Mitarbeit bei der Revision der FATF-Empfehlungen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung.

DBA mit Grossbritannien

Liechtenstein und Grossbritannien haben am 11. Juni 2012 ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet. Das Abkommen ist das Ergebnis von zweijährigen Gesprächen und Verhandlungen und unterstreicht das langfristige Engagement zur Zusammenarbeit in Steuerangelegenheiten und Steuerkonformität. Sowohl der Industrie- als auch der Finanzplatz werden damit an das weltweit grösste Netz von Steuerabkommen angeschlossen. Der Vertrag sorgt für die entsprechende Rechtssicherheit und Stabilität bei der steuerlichen Behandlung und unterstreicht den Wert des liechtensteinischen Finanzplatzes für globale grenzüberschreitende Geschäfte und Investitionen. Das Inkrafttreten des DBA, für das nunmehr der formale Prozess der Ratifizierung beginnt, wird für den 1. Januar 2013 erwartet (siehe Bericht Seite 14).



London: Finanzplatz unterstreicht internationale Wettbewerbsfähigkeit

Im Anschluss an die Unterzeichnung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) vom 11. Juni 2012 nahmen Regierungschef Klaus Tschüscher sowie Vertreter der britischen Steuerbehörde HMRC an einer Informationsveranstaltung in London teil, die von der liechtensteinischen Wealth Management Gruppe Kaiser Partner und der Bank Frick gemeinsam ausgerichtet wurde. Kernthema der Veranstaltung waren die Inhalte und die Bedeutung des Doppelbesteuerungsabkommens für vermögende Kunden sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Liechtenstein. Mehr als 70 bedeutende Finanzintermediäre nahmen an der Veranstaltung teil. Liechtenstein löst sein Versprechen an die internationalen Kunden und Investoren ein, auch in Zeiten turbulenter europäischer und globaler Entwicklungen ein verlässlicher und vertrauenswürdiger Partner zu sein. Das ist nicht nur für die Kunden, sondern auch für den Staat elementar. Liechtenstein will ein steuerkonformer Standort sein und fährt diesen Kurs mit grosser Konsequenz. Mit dem im August 2009 ausgehandelten Abkommen und der Liechtenstein Disclosure Facility (LDF) hat Liechtenstein eine einmalige Lösung vereinbaren können, welche sowohl die Bedürfnisse der beiden Länder als auch der Kunden gebührend berücksichtigt. Die LDF bietet Personen mit unbeglichenen britischen Steuerverbindlichkeiten die Möglichkeit, ihre steuerlichen Angelegenheiten in Grossbritannien schnell und zu besonders günstigen Bedingungen

zu regularisieren. Liechtenstein gibt damit den Kunden des Finanzplatzes eine langfristige Perspektive in einem von Wandel geprägten Umfeld. Zudem bietet es britischen Anlegern die Möglichkeit, ihr weltweites Vermögen zu fairen Konditionen in die Steuerkonformität zu führen.

zu regularisieren. Liechtenstein gibt damit den Kunden des Finanzplatzes eine langfristige Perspektive in einem von Wandel geprägten Umfeld. Zudem bietet es britischen Anlegern die Möglichkeit, ihr weltweites Vermögen zu fairen Konditionen in die Steuerkonformität zu führen.



TIEA mit Australien in Kraft

Nach der Ratifikation der Vertragsparteien ist das Steuerinformationsaustauschabkommen (TIEA) zwischen Liechtenstein und Australien am 21. Juni 2012 in Kraft getreten.

Das Abkommen wurde ein Jahr zuvor, am 21. Juni 2011, in Vaduz unterzeichnet. Es entspricht den aktuellen internationalen Standards und orientiert sich am geltenden OECD-Musterabkommen. Die liechtensteinische Steuerverwaltung ist die für die Anwendung des Abkommens zuständige inländische Behörde.

DBA mit Georgien paraphiert

Eine liechtensteinische Delegation hat am 8. Mai 2012 in Tiflis ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen mit Georgien paraphiert. Es wird voraussichtlich ab dem 1. Januar 2013 anwendbar sein. Das neue DBA trägt zur positiven Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern bei. Durch das erste DBA mit einem Land in Osteuropa sollen neue Märkte geöffnet und günstige Rahmenbedingungen für zukünftige Investitionen geschaffen werden. Positiv für Liechtenstein ist ein DBA mit einem aufstrebenden Wirtschaftsstandort und die Intensivierung der Kontakte

News

zwischen den zuständigen Behörden. Durch das Abkommen werden die Attraktivität und das Entwicklungspotenzial für Investitionen in Georgien ausgebaut. Die Unterzeichnung des DBA soll im Lauf des Jahres erfolgen. Der Abkommenstext wird, wie international üblich, nach der Unterzeichnung veröffentlicht werden.



150 Jahre Landtag Liechtenstein

Der liechtensteinische Landtag feiert in diesem Jahr sein 150-jähriges Jubiläum. Die Feierlichkeiten fanden am 30. Juni für die liechtensteinische Bevölkerung statt. Im liechtensteinischen Landtag sind 25 Abgeordnete der drei Parteien FBP, VU und Freie Liste sowie ein Parteiloser vertreten. Der liechtensteinische Landtag ist im internationalen Vergleich ein kleines Parlament. Seit 1919 gab es wiederholt Bestrebungen, die Zahl der Abgeordneten zu erhöhen, doch scheiterten diese Versuche in vier Volksabstimmungen. Erst 1988 stimmte das Volk einer Erhöhung auf 25 Abgeordnete zu. Alle Abgeordneten sind Milizparlamentarier, das heisst, sie üben ihr Mandat neben ihrem Beruf aus. Als Entschädigung erhalten sie eine Jahrespauschale sowie ein Taggeld. Die Geschichte des liechtensteinischen Parlamentarismus begann mit der konstitutionellen Verfassung von 1862. Der Landtag wurde zu einer echten Volksvertretung, die zum grössten Teil aus freien Wahlen hervorging. Die Zahl der Abgeordneten wurde auf 15 verkleinert. Drei Abgeordnete wurden vom Fürsten ernannt, zwölf vom Volk indirekt gewählt: Dabei wurden in jeder Gemeinde zunächst - von den allein wahlberechtigten Männern, das Frauenstimmrecht wurde erst 1984 eingeführt – auf je 100 Ein-

wohner zwei Wahlmänner gewählt. Diese wählten dann ihrerseits in einer Wahlmännerversammlung die Abgeordneten. Mehr zur Geschichte des liechtensteinischen Landtags unter www.landtag.li.

Bankenverband mit Pilotprojekt bei den Kleinsten

Bankenverband mit Pilotprojekt bei den Kleinsten

Studien belegen es: Jeder fünfte Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren hat Schulden. Bei den jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 24 Jahren ist es bereits jeder Dritte. Aus diesem Grund engagieren sich der Liechtensteinische Bankenverband und das Amt für Soziale Dienste in dem gemeinsamen Projekt „Schuldenprävention“. Im Rahmen dieses gemeinsamen Projekts werden 2012 verschiedene Pilotprojekte und Pilottage für verschiedene Altersklassen und in verschiedenen Schulklassen angeboten und durchgeführt. Das Pilotprojekt für Kinder im Kindergartenalter wurde in Zusammenarbeit mit Pro Juventute am 13. Juni im Kindergarten Triesen organisiert (siehe Beiträge Seite 36 und Seite 38).



Klimastiftungen kooperieren

Die Klimastiftung Schweiz und die LIFE Klimastiftung Liechtenstein arbeiten künftig zusammen und unterstreichen damit ihr Engagement im Klimaschutz. Ziel der Kooperation ist, dass auch liechtensteinische Firmen das Angebot der Klimastiftung Schweiz nutzen können. Kernkompetenz der Klimastiftung Schweiz ist die Unterstützung von Umweltprojekten kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Die Stiftungsgelder stammen von Dienstleistungsfirmen, die ihre Rückvergütungen aus der CO₂-Lenkungsabgabe spenden. Die Ausweitung dieses Angebots

auf Liechtenstein bildet eine Ergänzung zu den Aktivitäten der LIFE Klimastiftung Liechtenstein. Diese hat sich zum Ziel gesetzt, vermehrt konkrete Projekte im Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz anzustossen und gezielt zu fördern. Seit Mitte 2011 haben die Geschäftsstellen der Klimastiftungen Schweiz und Liechtenstein Gespräche über eine Zusammenarbeit geführt. Der nun geschlossene Kooperationsvertrag bringt verschiedene Vorteile für beide Länder mit sich. So wird es dank der Zusammenarbeit künftig auch liechtensteinischen Dienstleistungsunternehmen möglich sein, Partner der Klimastiftung Schweiz zu werden. Als Partner spenden diese Firmen ihre Rückvergütungen aus der CO₂-Abgabe der Klimastiftung Schweiz. Diese fördert damit Projekte in den Bereichen Energiesparen, Energieeffizienz und Klimaschutz. Durch die Bündelung der Spenden ist es für die Klimastiftung Schweiz möglich, effizient und mit geringem Verwaltungsaufwand Projekte zu unterstützen. Gleichzeitig wird durch die Kooperation den liechtensteinischen KMU ermöglicht, künftig Anträge an die Klimastiftung Schweiz zu stellen und von deren Fördermassnahmen zu profitieren.

Erste internationale nachhaltige Rating-Stiftung

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein, der Liechtensteinische Bankenverband, die Deutsche Umweltstiftung und die MAMA Sustainable Incubation AG haben am 4. Juli unter dem Namen CARLO FOUNDATION die erste unabhängige nachhaltige Rating-Stiftung gegründet. Der Name der Stiftung geht zurück auf Hans Carl von Carlowitz, der erstmals das Prinzip der Nachhaltigkeit formulierte und als Urvater des Nachhaltigkeitsgedankens gilt. Ziel der CARLO FOUNDATION ist es, ein unabhängiges Finanzprodukterating zur Förderung nachhaltiger Geschäftsmodelle aufzubauen und zu

betreiben sowie das Bewusstsein und Interesse an nachhaltigen Anlagemöglichkeiten in der Öffentlichkeit zu fördern. Um die Glaubwürdigkeit zu unterstreichen, haben sich die Träger einer strikten Corporate Governance verschrieben. Anlässlich der Gründungssitzung wurde Regierungschef Klaus Tschüscher zum Stiftungsratspräsidenten ernannt. Stiftungsrats-Vizepräsident ist Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Umweltstiftung. Weiter in den Stiftungsrat wurden Richard Focken, Vorstandsvorsitzender der MAMA Sustainable Incubation AG, und Adolf E. Real, Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbands, gewählt. Die Geschäftsführung wurde bis auf Weiteres gemeinsam Volker Weber, Vorstand der MAMA Sustainable Incubation AG, und Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbands, übertragen.

Nachhaltigkeitsrating sorgt für Transparenz

Der Gründung ist ein mehrmonatiger Evaluierungsprozess vorausgegangen, der zeigte, dass das Bewusstsein für eine nachhaltige Lebensweise zwar schon heute messbar und stetig zugenommen hat und viele Individuen und Organisationen bereit sind, einen Beitrag für eine langfristig nachhaltigere Entwicklung zu leisten. Die Bewertung von Nachhaltigkeitsleistungen ist hingegen gegenwärtig von enormen Interessenkonflikten und Intransparenz geprägt. Ein ganzheitliches und transparentes Nachhaltigkeitsrating bringt die nötige Transparenz in den Markt und liefert Orientierungshilfen für die Kunden. Im Fokus soll in erster Linie das Rating von Finanzprodukten stehen. Hierfür wird ein neuartiger Ratingansatz entwickelt, der allen Aspekten der Nachhaltigkeit gerecht wird. Basis sind die bewährten ESG-Kriterien.

International, vertrauenswürdig und stabil

Banken präsentieren sich in Wien

Zahlreiche Vertreter aus Österreichs Politik, Wirtschaft und Medienwelt folgten Ende Juni der Einladung des Bankenverbands zum Gedankenaustausch über die Entwicklungen am Finanzplatz Liechtenstein.

von Rafik Yezza

Im Rahmen einer Einladung zum Gedankenaustausch Ende Juni in Wien konnte der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) Vertreter aus Österreichs Politik, Wirtschaft und Medien zusammenbringen. Auf liechtensteinischer Seite waren neben Vertretern des Bankenverbands und dessen Mitgliedbanken Regierungschef Klaus Tschüscher und I. D. Prinzessin Maria-Pia Kothbauer, Botschafterin des Fürstentums Liechtenstein in Wien, anwesend. In seiner Begrüssung ging Verbandspräsident Adolf E. Real auf die lange Freundschaft zwischen Österreich und Liechtenstein ein und dankte den Anwesenden für die stets offenen Türen, die den Vertretern des LBV bereits zahlreiche wertvolle Gespräche ermöglichten. Botschafterin I. D. Prinzessin Maria-Pia sprach über die Traditionen, die Liechtenstein und Österreich seit jeher verbinden. Ein Anlass wie dieser falle daher auf sehr fruchtbaren Boden und setze die Tradition des Miteinanders zwischen den beiden Ländern fort. Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbands, erläuterte Hintergründe zum Bankenplatz Liechtenstein und die Strategie der Banken, die Roadmap 2015. Er ging auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Finanzplätze Liechtensteins und Österreichs ein und zeigte Herausforderungen und Chancen für den auf das Private Banking spezialisierten Finanzplatz Liechtenstein in Zeiten zunehmender Regulierung auf. Darüber hinaus verwies auch er auf die engen Verbindungen zwischen den beiden Finanzplätzen. So seien zahlreiche österreichische Pendler bei liechtensteinischen

Banken beschäftigt und in beiden Ländern Banken des Nachbarn niedergelassen. „Nicht zuletzt haben wir ein gemeinsames Verständnis über den Schutz der Privatsphäre“, schloss er seine Ausführungen.

Grosses Zukunftspotenzial für Liechtenstein

Regierungschef Klaus Tschüscher betonte die grosse Bedeutung der nachhaltigen und vertrauensbildenden Standortpolitik in Liechtenstein: „Unser Land löst sein Versprechen bei den internationalen Kunden und Investoren ein, auch in Zeiten turbulenter europäischer und globaler Entwicklungen ein verlässlicher und vertrauenswürdiger Partner zu sein. Diese Stabilität ist nicht nur für die Kunden, sondern auch für unseren Staat elementar. Liechtenstein sieht im eingeschlagenen Weg ein grosses Zukunftspotenzial und viele Chancen für die verschiedenen Marktteilnehmer“. Liechtenstein habe konsequent das nicht mehr zeitgemässe Finanzplatzmodell durch eine nachhaltige, europakompatible Standortpolitik abgelöst, so der Regierungschef. Die grossen Einnahmefälle, die uns heute einen enormen Spar- und Druck auferlegen, seien gewissermassen als Investitionen zu sehen, als Preis für zukunftssträchtige Strukturanpassungen. „Auch wenn dieser Preis manchen in der Branche hoch erscheinen mag, wird der dadurch neu gewonnene Handlungs- und Gestaltungsraum sowie die Rechtssicherheit durch die neuen, mit der europäischen Finanz- und Fiskalpolitik abgestimmten liech-



tensteinischen Positionen mehr als wettgemacht“, so Tschüscher weiter. Gerade in Zeiten, in denen die internationalen Ratingagenturen etlichen Ländern die Kreditwürdigkeit herabstufen, erhalte das AAA-Länderrating Liechtensteins durch Standard & Poor’s punkto Wettbewerbsfähigkeit und Vertrauen zusätzliches Gewicht. „Unsere Banken haben in der Krise die Nagelprobe bestanden und waren nicht auf staatliche Hilfe angewiesen. Unsere solide Finanzpolitik, die uns möglichst rasch wieder zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt zurückführen soll, hat ebenfalls ganz wesentlich zur Stabilität in der Krise beigetragen.“

Die neue Finanzplatzarchitektur Liechtensteins

Tschüscher ging in seiner Rede auf die neue Finanzplatzarchitektur ein: „Der Finanzplatz Liechtenstein hatte sich dem Leistungswettbewerb unter neuen Vorzeichen zu stellen. Wir haben uns für eine mutige Variante entschieden und damit die Grundlage für den integren, qualitativen und innovativen Finanzplatz der Zukunft gelegt. Der Lohn für diese enormen Anstrengungen Liechtensteins ist nachhaltige Rechtssicherheit und Rechtskonformität für in- und ausländische Kunden des Finanzplatzes. Liechtenstein kommt damit sowohl seiner Verantwortung gegenüber den Kunden des Finanzplatzes nach als auch den berechtigten Steueransprüchen seiner Vertragspartner. Das mag jetzt einfach tönen, aber es war in Tat und Wahrheit ein grosser Schritt für Liechtenstein, das seine Standortpolitik

mit allen Konsequenzen fundamental neu definiert hat. Die in der Liechtenstein-Erklärung vom März 2009 eingegangenen Verpflichtungen, internationale Steuer- und Aufsichtsstandards anzuwenden, sind heute weitgehend umgesetzt. Die Reputation des Finanzplatzes hat sich seither nachhaltig verbessert, weil wir nicht nur punktuell, sondern ganzheitlich und aus Überzeugung einen Weg eingeschlagen haben, der vielen Marktteilnehmern in Liechtenstein enorm viel abverlangt.“

Voller Erfolg

Im Anschluss an die kurzen Reden lud der Bankenverband zu einem wienerischen Buffet. In entspannter Atmosphäre konnte so der Gedankenaustausch vertieft und wertvolle Inputs aufgenommen werden. Für den Liechtensteinischen Bankenverband stellte dieser Abend einen weiteren Höhepunkt der Bemühungen im Rahmen der Strategie dar, das Netzwerk aus internationalen Partnern zu pflegen und auszubauen. Insbesondere die Zusammensetzung der Gäste aus Politik, Wirtschaft und Medien stellte in dieser Form ein Novum dar. „Der Austausch auf verschiedenen Ebenen und die Gesprächspartner, die mit ganz unterschiedlichen Perspektiven an unsere Themen herangehen, machten den Abend zu einem vollen Erfolg“, freuten sich Simon Tribelhorn und Adolf E. Real über das positive Feedback der Gäste.

Fortsetzung von Seite 11

Die Redaktion hat sich vor Ort umgehört und Stimmen eingefangen mit der Frage: Wie wichtig sind solche Anlässe aus Ihrer Sicht?

I. D. Prinzessin Maria-Pia Kothbauer, Botschafterin in Wien
Ein solcher Event ist sehr wichtig. Vor allem auch, wenn er vom Liechtensteinischen Bankenverband organisiert ist. Die Menschen haben oft ein falsches Bild über Liechtenstein. Da kann der LBV einen wichtigen Part spielen, um dieses richtig zu stellen und aus erster Hand informieren, wofür der Finanzplatz Liechtenstein steht und wo er seine Zukunft sieht. Ich denke, der Bankenverband hat das Publikum sehr gut gewählt. Der Bankenverband hat sein spezifisches Segment und den Finanzplatz vor Augen.

Bernd Kleboth, Direktor, LGT Bank in Liechtenstein AG, Vaduz
Ich denke, dass sie sehr wichtig sind, vor allem für kleine Länder, um Missverständnisse auszuräumen und auch Rückmeldungen über die Wahrnehmung im Ausland zu bekommen. Der Paradigmenwechsel auf dem Finanzplatz Liechtenstein ist nicht selbsterklärend. Es braucht deshalb ein hohes Mass an Kommunikation, damit dies im Inland wie auch im Ausland verstanden wird. Dabei erscheint mir entscheidend zu sein, dass die Entwicklungen in einem Gesamtzusammenhang gesehen werden und wir unsere Position aktiv kommunizieren und nicht nur reaktiv, wenn sich gerade die Gelegenheit dazu bietet.

Arthur Winkler-Hermaden, Österreichischer Botschafter in Liechtenstein

Ich finde, dass es eine sehr gute und wohlüberlegte Entscheidung war, diese Veranstaltung des Liechtensteinischen Bankenverbands hier in Wien abzuhalten. Aktivitäten wie diese tragen deutlich dazu bei, Liechtenstein einem wichtigen Zielpublikum in Österreich näherzubringen. Die Tatsache, dass auch Regierungschef Tschüscher persönlich teilgenommen hat, unterstreicht die Bedeutung dieses Abends. Regierungschef Tschüscher hat in seinem dynamischen Vortrag die Bemühungen der liechtensteinischen Regierung um eine Reform des Finanzplatzes Vaduz überzeugend dargestellt. Leider haben manche Österreicher aufgrund verschiedener Medienberichte oft eine skeptische Meinung zu Liechtenstein – bei finanzpolitischen Fragen herrschen mitunter sogar klare Fehleinschätzungen vor. Ich persönlich habe ein sehr positives Bild von Ihrem Land gewonnen. Auch nach den Vorträgen dieses Abends bin ich davon überzeugt, daß sich die liechtensteinische Bankenwirtschaft mit der sprichwörtlichen alemannischen Gründlichkeit und Seriosität für einen modernen und transparenten Finanzplatz Vaduz einsetzt.



DBA Liechtenstein – Grossbritannien

Das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Liechtenstein und Grossbritannien ist die konsequente Fortsetzung der guten Zusammenarbeit in Steuerfragen zwischen den beiden Staaten und stellt einen umfassenden Schutz vor doppeltem Zugriff des Fiskus dar.

von Irene Salvi

Nach mehreren Verhandlungsrunden und einem intensiven fachlichen Austausch zwischen den Delegationen und mit den interessierten liechtensteinischen Wirtschaftskreisen wurde am 11. Juni 2012 das Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen Liechtenstein und Grossbritannien in London unterzeichnet. Damit wird die bereits bestehende gute Beziehung der beiden Staaten in der steuerlichen Zusammenarbeit noch weiter vertieft. Im Vorfeld hat Liechtenstein bekanntlich mit Grossbritannien einen völlig neuen Weg in der Steuerkooperation beschritten, welcher die Offenlegung von Anlagen britischer Kunden über die Liechtenstein Disclosure Facility (LDF) ermöglicht. Bei der Unterzeichnung dieses Übereinkommens im August 2009 wurde vereinbart, dass als nächster Schritt ein DBA verhandelt werden soll, um die Beziehungen im steuerlichen Bereich zu komplettieren. Diese Verhandlungen wurden nun abgeschlossen. Damit ist nach dem DBA zwischen Liechtenstein und Deutschland ein weiteres DBA mit einem wichtigen G-20-Land ausverhandelt, welches Liechtensteins aktive DBA-Strategie wesentlich befördern wird. Das Abkommen soll noch dieses Jahr ratifiziert werden, sodass es voraussichtlich ab 2013 anwendbar wird.

Gegenstand und Inhalt des Abkommens

Gegenstand des DBA ist die Vermeidung der Doppelbesteuerung sowie die Verhinderung von Steuerverkürzungen auf dem Gebiet der Einkommenssteuern bei grenzüberschreitenden Sachverhalten. Das Abkommen orientiert sich stark am Musterabkommen der OECD und an denjenigen DBA, die Grossbritannien in

der jüngeren Vergangenheit mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Ein Schlüsselthema bei den Verhandlungen war die Gleichbehandlung Liechtensteins im Vergleich zu allen anderen DBA-Vertragspartnern Grossbritanniens. Dieses Erfordernis wurde konsequent und vollumfänglich umgesetzt. Das DBA berücksichtigt zahlreiche neue Entwicklungen der internationalen Steuerpraxis. Damit reflektiert das Abkommen einen modernen, zukunftsgerichteten Ansatz, der Industrie und Finanzplatz bestmöglich unterstützt.

Bedeutung für Liechtensteins Wirtschaft

Nach Inkrafttreten des DBA werden Zins- und Lizenzzahlungen britischer Unternehmen an ihre liechtensteinische Muttergesellschaft grundsätzlich quellensteuerfrei erfolgen können. Auch Kapitalgewinne aus der Veräusserung von Beteiligungen werden nicht besteuert. Gewinnausschüttungen britischer Unternehmen sind bereits nach nationalem Recht grundsätzlich quellensteuerfrei (mit Ausnahme von UK REITs). Dies wird nun auch im DBA verankert. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang die allgemeine Missbrauchsklausel, wonach der Hauptgrund oder einer der Hauptgründe für eine Gestaltung nicht die Ausnutzung der in diesen Artikeln gewährten steuerlichen Vorteile sein darf. Die Klausel entspricht vollumfänglich der aktuellen britischen Abkommenspolitik. Die Anwendung dieser Missbrauchsklausel (main purpose test) in der Praxis wurde lange und intensiv diskutiert. Es wurden dazu mehrere typisierende Beispiele ausgearbeitet, welche die Anwendung des Abkommens veranschaulichen. Von



besonderer Bedeutung für die Wirtschaft sind die Bestimmungen zur Besteuerung grenzüberschreitend tätiger Unternehmen und Arbeitnehmer. Bei Betriebsstätten kommt es durch die Selbständigkeitsfiktion, die im DBA nach dem neusten OECD-Standard (dem sogenannten authorized OECD approach, AOA) gearbeitet ist, zu einer klaren Abgrenzung der Besteuerungsrechte. Der Fremdvergleichsgrundsatz für Verrechnungspreise zwischen verbundenen Unternehmen wird in Artikel 9 standardkonform verankert und es wird das Verfahren bei Gewinnkorrekturen im anderen Staat geregelt. Bei Uneinigkeit zwischen den Staaten kann das betroffene Unternehmen ein Verständigungsverfahren einleiten. Kommt es innert zweier Jahre zu keiner Einigung im Verständigungsverfahren, so ist die Möglichkeit vorgesehen, ein Schiedsverfahren auszulösen, welches dem Steuerpflichtigen einen Abschluss gewährleistet. Dank dieser Verfahrensvorschriften wird die Rechtssicherheit für liechtensteinische Unternehmen wesentlich erhöht.

Relevanz für den Finanzplatz

Von besonderer Bedeutung sind die Präzisierungen bei der Abkommensberechtigung der liechtensteinischen Vermögensstrukturen, Investmentfonds, gemeinnützigen Organisationen und Pensionskassen. Das Abkommen stellt einen massgeblichen Schritt für den liechtensteinischen Fondsplatz dar. Das Protokoll zum DBA hält ausdrücklich fest, dass liechtensteinische Investmentfonds nach neuem UCITS-Gesetz und Investmentgesellschaften nach IUG als ansässig für Zwecke des DBA gelten.

Gleichzeitig wird im Protokoll mittels einer Verständigungsmöglichkeit zwischen den zuständigen Behörden sichergestellt, dass auch durch neue Gesetzgebung entstehende Fonds (zum Beispiel AIFM) als ansässig qualifiziert werden können und somit vom Abkommen erfasst sind. Sodann enthält das Protokoll auch das gegenseitige Verständnis der Verhandlungsdelegationen über die Ansässigkeit von ordentlich besteuerten Stiftungen und Anstalten. Diese können, wie alle anderen juristischen Personen, die Abkommensvorteile grundsätzlich geltend machen. Sodann werden auch liechtensteinische gemeinnützige Organisationen ausdrücklich als ansässige Personen anerkannt. Damit steht liechtensteinischen Fonds, Stiftungen, Anstalten und gemeinnützigen Organisationen – sofern sie als Nutzungsberechtigte gelten – die Herabsetzung der britischen Quellensteuer auf 15 Prozent bei REITs und 0 Prozent bei Zinsen zu. Zu beachten ist auch hier, dass der Hauptgrund für die gewählte Gestaltung nicht die missbräuchliche Ausnutzung des DBA sein darf (main purpose test), wobei dieser Test fester Bestandteil der neueren britischen DBA-Politik ist, und der blosser Liechtensteinbezug nicht schon von vornherein als missbräuchlich gesehen wird. Bezüglich steuerlichem Informationsaustausch wird der Standard gewahrt, der bereits durch das bestehende TIEA vom 11. August 2009 geregelt ist, und die Abstimmung mit dem Memorandum of Understanding zur Liechtenstein Disclosure Facility wird sichergestellt. Ebenfalls geregelt ist die gegenseitige Gewährung der Amtshilfe zur Vollstreckung von Steuern.

Zukunftsfähigkeit sichern

Das Thema Nachhaltigkeit gewinnt für Unternehmen immer mehr an Bedeutung. Für die LGT geht es dabei nicht nur darum, ihren Geschäftserfolg langfristig zu sichern. Sie sieht sich auch in der Verantwortung, die Lebensqualität für künftige Generationen zu erhalten.

von Ursula Finsterwald

Für die LGT ist Nachhaltigkeit ein selbstverständlicher Teil ihrer Unternehmensphilosophie. Ihre Eigentümerin, die fürstliche Familie, denkt in Generationen. Das lässt ihr den Freiraum, langfristig zu denken und zu handeln. „Nachhaltigkeit bedeutet, dass wir Auswirkungen unseres Handelns auf Kunden, Geschäftspartner, Mitarbeiter, Umwelt und Gesellschaft regelmässig kritisch hinterfragen und danach streben, einen positiven Beitrag zu einer gesunden und gesellschaftlichen Entwicklung zu leisten“, sagt S. D. Prinz Max von und zu Liechtenstein, CEO der LGT Group. „Denn ökonomisches Wohlergehen geht untrennbar einher mit der Übernahme von Verantwortung für Mitarbeitende, Gesellschaft und Umwelt.“

Erfolgreiches nachhaltiges Anlegen

Wie kann eine Bank dem Prinzip der Nachhaltigkeit in ihrem Kerngeschäft, also in der Vermögensanlage und -verwaltung, gerecht werden? Die LGT ermöglicht ihren Kunden durch innovative und nachhaltige Anlageprodukte, in zukunftssträchtige Themen zu investieren, damit langfristig die finanzielle Wertschöpfung zu sichern und zugleich nachhaltig zur Erhöhung der Lebensqualität beizutragen. Mit einem eigens entwickelten Investmentansatz, dem Sustainable Impact Investing, stellt die LGT sicher, dass die Unternehmen, in die investiert wird, soziale und ökologische Aspekte sowie Grundsätze einer vorbildlichen Unternehmensführung berücksichtigen. Im Anlageprozess beurteilt sie den Impact, das heisst die Wirkung der Unternehmen. Sie schliesst Unternehmen, die an der Herstellung, Lagerung und beim Transport von kontroversen Waffen (Atombomben, Landminen, Streubomben und -munition sowie

biologische und chemische Waffen) beteiligt sind, konsequent aus ihrem Anlageuniversum aus. Sie investiert auch nicht in Themen wie Tabak, Glücksspiel, Kinderarbeit und Pornografie. Anleger wollen aber nicht nur Gutes tun. Sie versprechen sich langfristig auch eine überdurchschnittliche Rendite. Gerade bei nachhaltigen Anlagen herrscht die Meinung vor, dass diese weniger Rendite generieren würden als herkömmliche Anlagen. Deshalb orientiert sich die LGT mit ihren Produkten im Sustainable Impact Investing nicht an Nachhaltigkeitsbenchmarks, sondern an traditionellen Indizes. Der Erfolg gibt ihr recht. So wurde beispielsweise der LGT Sustainable Impact Bond Fund, von ecoreporter.de (dem führenden Onlineportal für ökologische und ethische Geldanlagen) für seine Performance zum Fonds des Jahres 2011 gekürt.

„Ökonomisches Wohlergehen geht untrennbar einher mit Verantwortung für Mitarbeitende, Gesellschaft und Umwelt.“

Die Kunst, Positives zu bewirken

Der fürstlichen Familie ist es ein grosses Anliegen, dass alle Menschen unter menschenwürdigen Bedingungen leben dürfen und eine faire Entwicklungschance in ihrem Leben erhalten. Dieser Grundsatz motivierte S. D. Prinz Max von und zu Liechtenstein, 2006 die LGT Venture Philanthropy zu initiieren, um die Lebens-

qualität von benachteiligten Menschen nachhaltig zu verbessern. LGT Venture Philanthropy unterstützt weltweit über 20 junge, stark wachsende soziale Organisationen in Lateinamerika, Afrika, Indien, Südostasien, Europa und in China mit Finanzierung, Know-how und dem Zugang zu Netzwerken. Neben dem Fürstenhaus selbst können auch Kunden der LGT Vermögenswerte in die unterstützten Organisationen einbringen und sich philanthropisch engagieren.

„Es ist uns ein Anliegen, dass alle Menschen unter menschenwürdigen Bedingungen leben dürfen und eine faire Chance in ihrem Leben erhalten.“

Verantwortung als Arbeitgeber

Der LGT ist es auch wichtig, die Persönlichkeit ihrer Mitarbeitenden zu fördern – im Bewusstsein, dass es mehr braucht als Fachkompetenz, um Kunden zu begeistern. Dazu entwickelt sie die seit 15 Jahren bestehende Liechtenstein Academy, die hauseigene Ausbildungsstätte, kontinuierlich weiter. Zudem bietet die Bank ihren Mitarbeitenden mit dem Employee Volunteering Program eine Plattform für Freiwilligenarbeit bei ausgewählten Partnerorganisationen. Das 2011 lancierte Programm reicht von sporadischen Einsätzen bis zur langfristigen Begleitung von Projekten.

Einsatz für Umwelt und Klima

Nicht zuletzt leistet die LGT auch im Bankbetrieb einen Beitrag zum Schutz der Umwelt und setzt sich für den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen ein. Dieses Engagement beginnt beim Einkauf von Waren und Dienstleistungen, die von der Herstellung über den Gebrauch bis zur Entsorgung und Wiederverwertung nachhaltigen Anforderungen genügen müssen. Weiter umfasst es die Optimierung der Gebäudetechnik. Durch den Kauf von Kompensationszertifikaten ist die LGT seit zwei Jahren CO₂-neutral und unterstützt damit den Bau von kleinen Wasserkraftwerken in Südwestchina. Ziel der Bank ist es, die CO₂-Emissionen in erster Linie durch eigene Energieeffizienzmassnahmen wie die Verwendung von Ökostrom, Biogas, Wasser- und Solarkraft zu reduzieren. Neben der Reduktion des Energieverbrauchs und dem Kauf von erneuerbarer Energie setzt die LGT auf Massnahmen, um den Abfall und den Papierverbrauch zu verringern.

Um zukunftsfähig und damit wettbewerbsfähig zu bleiben, muss ein Unternehmen nachhaltig handeln und nicht nur den finanziellen Erfolg im Blick haben. Davon profitieren Kunden und Mitarbeitende gleichermaßen. Die verschiedenen Nachhaltigkeitsinitiativen der LGT tragen dazu bei, die hohe Interessenkongruenz zwischen der Eigentümerfamilie, den Kunden und Mitarbeitenden der Bank sowie der Gesellschaft zu fördern.

Das neue AIFM-Gesetz - eine Bestandsaufnahme

Die EU-Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds wird den europäischen Alternativfondsmarkt neu ordnen. Mit dem AIFM-Gesetz hat der Gesetzgeber ein solides Fundament für Liechtenstein als AIFM-Platz gelegt. Jetzt beginnt die Bauarbeit.

von Günther Dobrauz-Saldapenna

Als Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums ist Liechtenstein vollständig im harmonisierten europäischen Fondsmarkt integriert. Dort treten in etwas über einem Jahr die nationalen Überführungsbestimmungen der AIFM-Richtlinie (AIFM-RL) in Kraft. Damit wird die Regulierung für Manager von Immobilien-, Private-Equity- und Hedgefonds flächendeckend vereinheitlicht – und die Startplätze neu verteilt. Konkret: Der neue AIFM-Pass, der lizenzierten Managern effizientes Wirken im ganzen EU-Raum ermöglicht, wird ähnlich differenzieren wie der UCITS-Standard auf Produktebene. Liechtenstein hat mit dem AIFM-Gesetz (AIFMG) seinen Umsetzungsentwurf als erstes Land in Europa präsentiert und damit international für Aufsehen gesorgt. Zwar konnte das UCITS-Potenzial trotz vorhandener Schlüsselressourcen nicht voll ausgeschöpft werden. Nun wurden aber die Weichen gestellt, um als AIFM-Standort zu reüssieren. Vom liechtensteinischen Vorstoss betroffen ist gerade die Schweiz. Diese sollte ihn jedoch keinesfalls als Angriff verstehen, sondern als Fortführung des seit jeher synergetischen Verhältnisses zwischen den beiden Staaten – zum Vorteil beider Parteien. Denn: Obwohl Liechtenstein klar von Unternehmensansiedlungen profitieren würde, bleibt der Schweiz wertvolles Steuersubstrat der individuellen Manager erhalten, da diese ihren Wohnsitz vorerst hierbehalten werden.

Historische Synergien reaktivieren

Als Nicht-EU-Mitglied wird die Schweiz ihren Managern und

Dienstleistern frühestens ab 2015 – also ab der potenziellen Erweiterung des AIFM-Regimes auf Drittstaaten – einen Zugang zum begehrten neuen Pass bieten können. Für viele Schweizer Manager könnte dies zu spät sein. Zudem wirkt sich die Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit der zukünftigen Schweizer AIFM-Bewilligungspraxis nachteilig für den Standort Schweiz aus. Die Branche befürchtet, dass die Anforderungen der Schweizer Aufsichtsbehörde formalistisch und am effektiven Bedarf und der Realität von AIFMs vorbeigehen könnten, was vor allem kleinere, fokussierte Manager benachteiligen oder mit erheblichen Mehrkosten belastet würde. In der Folge könnten AIFMs aus dem Pendlerradius der Zentren Pfäffikon (SZ), Zug und Zürich ins benachbarte Liechtenstein abwandern. Liechtenstein würde dadurch sowohl von der räumlichen Nähe, die die Verwirklichung effektiver Substanz vor Ort erleichtert, als auch vom klugen Grundkonzept seines neuen gesetzlichen Rahmens profitieren.

International und durchdacht

Das neue Gesetz verabschiedet sich vom ursprünglich aus der Schweiz übernommenen Fondsleitungs-konzept und peilt ein Administratorenmodell an, das sich an internationalen Standards orientiert und besonders für Alternativfonds bestimmend ist. Zusätzlich umfasst es einen erweiterten Katalog von Rechtsformen und sieht die Korporation, Personengesellschaft, vertragliche und Trust-Form vor. Ausserdem erlaubt es bei Nutzung



AIFM- und AIF-Organisation im Administratorenmodell

eines Prime Brokers dessen korrekte, risikogerechte Einbindung als Gegenparteien eines AIF oder AIFMs. Der AIFM ist ein spezialisierter Vermögensverwalter für kollektive Kapitalanlagen. Die AIFM-RL ordnet ihm nur Anlageentscheid und Risikomanagement als wesensbestimmend zu. Administration, Vertrieb und weitere Tätigkeiten kann er übernehmen, muss aber nicht. Will er sich auf den Kernbereich beschränken, kann er alle anderen Tätigkeiten delegieren. Der Administrator als separat bewilligter Dienstleister sorgt für eine rechtmässige Organisation und Abwicklung von AIFs. So bleibt die Qualität gesichert und die Strukturanforderungen an den AIFM aufs Wesentliche beschränkt. Im Fondsleitungskonzept erbringt die namensgebende Einheit eine Organisationsdienstleistung. Sie trifft aber oft nicht den Anlageentscheid, sondern überträgt diesen zum Beispiel einem Asset Manager. Trotzdem hat die Fondsleitung die höher-rangige Zulassung, alles Weitere leitet sich mit entsprechender Haftung davon ab. Im Administratormodell dagegen steht der AIFM als Hauptentscheidungsträger im Zentrum der AIF-Organisation. Er führt die AIF-Struktur an, gefolgt von einem möglichen Administrator, an den er delegiert. Die Haftungen ergeben sich aus den jeweiligen Handlungsbereichen. Entsprechend teilt das liechtensteinische AIFMG für Hedgefonds die Verantwortung für den Prime Broker klar dem Manager zu, der ihn auswählt, nutzt und überwacht. Der Depotbank kommen strenge Kontrollpflichten für das Anlagevermögen des AIF zu, die zum Teil auch den Prime Broker einschliessen. Trotzdem ist

sie nicht länger dessen primäre Vertragspartei. Dadurch werden die Bilanzen der Depotbanken um das Risiko leichter, das diesbezüglich bisher oft unverhältnismässig hoch war. Insgesamt ergibt sich eine effiziente, transparente AIF-Struktur (siehe Abbildung), deren Leistungsträger sich bedarfsgerecht bewilligen und beaufsichtigen lassen.

Tue Gutes und sprich darüber

Um im Wettbewerb mit Standorten wie Luxemburg, Irland oder Malta punkten zu können, sind weitere Argumente gefragt. Manager aus Grossbritannien, dem europäischen Mutterland der Alternativfondsindustrie, liessen sich zum Beispiel durch eine intelligente, rechtssichere Besteuerung von „carried interest“ und „performance fee“ gewinnen. Das flexible, effiziente liechtensteinische Vehikelmigrationsregime kommt dem derzeitigen Onshoring-Trend entgegen. Es ermöglicht, Alternativfonds von Offshore-Plätzen nach Europa zu bringen, ohne dabei den „track record“, den wichtigen historischen Leistungsausweis eines Managers, zu verlieren. Die Grundpfeiler für einen AIFM-Standort sind gesetzt. Die Kunst ist es nun, diese international sichtbar zu machen.

Global Effects of the Regulation

Currently many regulatory measures concern also the Liechtenstein financial market and its participants. BANKENMAGAZIN spoke with Alex Merriman, Head of Market Policy at SIX Securities Services, about the main initiatives and asked about their impact and effect - especially on Liechtenstein banks.

Interview with Alex Merriman

There is a huge regulatory programme impacting both financial services firms and financial market infrastructures (FMIs). Why is this?

It results directly from the financial crisis of 2007-08. The G-20 decided that not only the regulation of a range of actors, such as the globally systemically important financial institutions (G-SIFIs), needed tightening up, but that aspects of the FMIs' role in the financial system also needed changing. Regulators in particular want FMIs to be restored to the centre of the financial system and to manage the systemic risk. And this is despite the fact that FMIs, to a large extent, remained resilient during the crisis, and coped well with the uncertainties, including the increased volumes and volatility. Managing the failure from, e.g. Lehman's, was one example.

What are the specific regulatory measures affecting FMIs?

These occur on two levels. Globally, a number of organisations such as the Financial Stability Board, the Basel Committee, and a combination of the BIS's Committee on Payment and Securities Settlement (CPSS), together with the international securities regulators' forum, IOSCO, have been involved. They have notably been active in ensuring that OTC Derivatives will be traded, centrally cleared and reported by the end of 2012. This will particularly mean an additional burden for Central Clearing Counterparties (CCPs). CPSS-IOSCO have also revised their Principles for Financial Market Infrastructures, covering an extensive range of requirements, notably in the management of risks, which will be rolled out next year. These initiatives are complemented at the European Union level, by an equally detailed programme, affecting all segments of the value chain. The review of the Markets in Financial Instruments Directive (MiFID) will tighten up the

trading segment, for instance in terms of price transparency and prudential requirements for trading venues (so potentially SIX Swiss Exchange). This is still being negotiated in Brussels. The European Market Infrastructure Regulation (EMIR) is on the point of finalisation. It will introduce the EU OTC derivatives framework referred to above, as well as detailed revised prudential requirements for CCPs and their clearing members. A parallel measure for CSDs, the Regulation on Central Securities Depositories (RCSD), issued in March and is being negotiated. Finally, a proposal for a Securities Law Directive is expected by the end of the year. This is intended to harmonise the underpinning legal framework on the holding and disposition of securities.

„There could be potential changes in margining or default fund contributions from clearing members, and, in the rules governing the provision of intra-day credit in commercial bank money settlement.“

How will these initiatives affect SIX Securities Services?

We can expect that there will be two broad sets of impacts on the SIX Group CCP, SIX x-clear AG, and the CSD, SIX SIS AG. First, a number of prudential rules will oblige us to change or tighten up aspects such as governance and risk management, notably

Alex Merriman

Alex Merriman has been handling the external regulatory affairs for SIX Securities Services, the post-trading arm of the SIX Group, since joining them in Zürich in October 2010. After graduating from Trinity College, Oxford, Alex's early career was spent at the Bank of England, where he specialized in EU financial services issues, as well as an extensive spell as a banking supervisor. More recently, he led the British Bankers' Association work on Market Infrastructure and Financial Market issues, also chairing the European Banking Federation's Clearing & Settlement Working Group, and being present in the European Commission's advisory groups lifting the Giovannini Barriers and implementing the Code of Conduct for market infrastructures.



the way in which we assess our exposure, and risks, to market participants. The Principles for Financial Market Infrastructures are particularly key in this respect, and will also be introduced via the EU EMIR and RCSD measures. One example, for the CCP, is in potential changes to margining or default fund contributions from clearing members, and, for the CSD, rules governing the provision of intra-day credit in commercial bank money. Additionally, EMIR and the RCSD harmonise the authorisation and supervision frameworks for, respectively, CCPs and CSDs in the EU. The second aspect relates to SIS's and x-clear's continuing access to the EU market. As infrastructures from a "Third Country", both entities will need to be re-authorised by the European Supervisory Authority, ESMA. As EMIR has been more or less finalised, we are anticipating that x-clear will have to submit its application to ESMA by the middle of 2013. As the RCSD is in a different part of the EU legislative cycle, it will be a lot later for SIS, say by the middle of 2015. But the good news is that until the re-authorisation occurs, the operations of both x-clear and SIS are "grandfathered" on the territory of the EU, so it will be business as usual. The re-authorisation will also be beneficial because it will bring with it a full European Passport, enabling x-clear and SIS to operate anywhere on the territory of the Union, without requiring a separate host member state permission. So this should alleviate any legal uncertainties.

How will the EU legislation affect participants, including Liechtenstein banks, which use x-clear and SIS?

As noted above, we can expect to see some changes in a number of aspects relating to risk management. There are for instance requirements to ensure that a system participant maintains segregated accounts for its own funds and for that of its clients.

Margining and default fund requirements will be tightened up, and the regulators would also like to ensure that no uncollateralised intra-day exposures exist. FMIs are also being encouraged to be more inquisitive about the underlying business flows from a participant's clients, for instance what influences the level of a non-clearing member's business with a clearing member. An outstanding question is also how the Swiss Confederation intends to implement the requirements for trading, centrally clearing and reporting OTC Derivatives. This is currently under examination by a working group led by the Federal Department of Finance, which is expected to issue an interim report towards the end of June.

What is the impact of the RCSD on the European Central Bank's "Target 2 Securities" Project?

The two go hand in hand. There are a number of harmonisation initiatives in the RCSD which are designed to facilitate the introduction of Target to Securities (T2S) in Europe by the middle of 2015. One is to shorten the settlement cycle from T + 3 currently to T + 2, by 1st January 2015. Other initiatives include the proposed complete dematerialisation of securities (certificates) by 2020, a harmonised system of dealing with settlement fails and buy-ins, as well as the ability for an issuer to issue into the CSD of its choice anywhere in Europe.

How do I find out more?

SIX Securities Services are maintaining a regular and active dialogue with the Liechtenstein Bankers Association and the Liechtenstein authorities. We also produce a quarterly regulatory affairs newsletter "Oversight", which is available, free of charge, from our website: www.six-securities-services.com.

Protect the Rights of Future Generations

To protect the rights of future generations, we first need to stop climate change from spiralling out of control, says Jakob von Uexküll. He explains in this interview, how his organization wants to do that, what the world future council is doing else and why he issued a Global Policy Action Plan in June.

Interview with Jakob von Uexküll

Mr von Uexküll, what exactly does the World Future Council founded by you do?

The World Future Council (WFC) works to bring the interests of future generations to the centre of policy making. We inform policy makers about the best existing "future just" policies and advise them on how to adapt and implement them in their countries. Policies are crucial because they provide incentives and set priorities - positive or negative - for societies, markets and innovators. The policies we recommend do not just come from us: they are based on principles developed by the International Law Association and adopted at the 2002 World Summit on Sustainable Development.

The members of the World Future Council are an international mix from the worlds of politics, science and culture. How are they chosen?

The Council's evolution involved a wide international consultation process. The result was the selection of 21 founding councillors, with endorsements from around the world. They met in 2005 to formalise the structure of the World Future Council, and set in motion its further development. Since then, new Councillors are elected by the existing Council. We are looking for personalities - wise elders, original thinkers, pioneers and young leaders - who have already affected change.

The World Future Council celebrated its fifth anniversary at the beginning of May 2012. What do you regard as the organisation's greatest success during this time?

The Council decided that, to protect the rights of future generations, we first need to stop climate change from spiralling out of control. This now threatens everything we have achieved and still hope to achieve. We have therefore prioritized accelerating the use of renewable energies worldwide, especially by assisting the implementation of Feed-In Tariff (FIT) laws. This is done through hearings, publications and a special website for policy-makers. FIT laws have been introduced in several countries e.g. the UK, Taiwan, South Australia, several US states, among them California, as well as in Ontario (Canada), with direct WFC support. In rural Africa, where there is no grid, we work to spread so-called Solar Home Systems.

How does this work in practice?

In the UK, for example, we did a film with the BBC and published a briefing book about the potential of Feed-In Tariff laws. We then approached individual Members of Parliament (MP) and built cross-party support – the UK Energy Minister told me that he and his colleagues first became aware of FITs through the WFC. Then we organised a public campaign together with other Civil Society Organisations to persuade MP to vote for the introduction of the

Jakob von Uexküll

Jakob von Uexküll holds Swedish and German nationality and lives in London. He founded the Right Livelihood Award that is often called the „Alternative Nobel Prize“ in 1980 and the policy advocacy organisation World Future Council in 2007. He is an entrepreneur, writer and past Member of the European Parliament (1987-1989). He has been honoured by TIME Magazine as a European Hero (2005). In 2006 he received Liechtenstein's Large Binding-Prize For The Protection of Nature and the Environment and in 2009 the Order of Merit First Class of the Federal Republic of Germany.



law, which finally came into force in August 2010. Internationally, we have organised hearings with experts and parliamentarians from more than 50 countries. This summer we are organising a hearing for parliamentarians from East and Central Africa on best forestry policies in the Rwandan capital Kigali. In 2011, Rwanda's National Forest Policy received our Future Policy Gold Award for the world's best forest protection policy. With our Oscar for policies, which is awarded in a different policy field each year we have created a unique instrument for identifying and promoting exemplary policies.

„Liechtenstein is a very international country.“

The World Future Council issued a Global Policy Action Plan in June. What is its aim?

It is an emergency policy agenda of 24 tipping-point policies which together provide a coherent response to the inter-linked the threats to our shared future. It is based on our work with national and international policy-makers, scientists, civil society and business. The plan includes policies to speed up the global energy

transition and secure sustainable eco-systems, policies promoting eco-literacy and sustainable economic and financial systems, providing equal educational opportunities for women and outlawing nuclear weapons. We are now looking for partners to secure its implementation.

You attended the Liechtenstein Congress in Vaduz at the beginning of May 2012. What was your impression of Liechtenstein?

I was impressed by the mix of speakers and the ambitious agenda. Liechtenstein is a very international country which has, for example, been actively supporting the WFC initiative for a UN High Commissioner for Future Generations.

You call for a radical rethinking in politics and in the markets, in order to leave our grandchildren a future worth living. What do you expect of the financial intermediaries in this regard?

Financial intermediaries should protect and enhance real wealth creation. Our financial system depends on stable societies. It should therefore be careful not to endanger that stability by disregarding ecological limits or the need for social inclusion. Here it can contribute by offering affordable basic payment accounts and prioritizing socio-ecological meaningful investments while avoiding damaging ones, using exclusion criteria like the ones developed by the Norwegian Government Pension Fund.

Fortsetzung von Seite 23

What changes do you think need to take place in the financial sector that would meet the demands of the World Future Council?

The financial sector serves the economy but also has wider obligations to the society of which it is part. The WFC Future Finance Commission is researching what kinds of financial instruments are needed by society. We believe that a positive list, built on transparent criteria, would be more useful than increasingly complex and detailed regulations and bans. Only financial instruments on this list would constitute legally enforceable contracts. Others would, like gambling debts in many countries, be unenforceable in court if conflicts arose, and thus could never endanger the wider financial system. Such distinctions existed in countries like Austria, Germany and Switzerland, where pure bets on future prices (as opposed to real hedges) were legally defined as unenforceable financial gambling, until this distinction was abolished as part of deregulation. It could easily be re-introduced. Of course some derivatives may still need to be banned, e.g. to prevent food speculation. But in most cases the burden of proof to show that a new financial instrument serves the real economy, and thus deserves legal protection, would be on the innovator.

In what fields should the financial service industry become active in the coming future?

A key field is the transformation of our energy systems towards

one hundred percent renewable energy. This will require huge investments to which there is no alternative. In a recent talk at the University of Liechtenstein, the climate policy expert Lord Giddens warned that, if we allow current CO₂ emission rises to continue, the Earth risks becoming uninhabitable like Venus before the end of this century. Such investments will of course also become very profitable as soon as the full costs of fossil fuels are internalized,

„It is my impression that Liechtenstein is moving ahead faster than other countries.“

and the financial service industry needs to lobby for that in all our interest! Many countries with huge renewable energy potentials require an innovative financial tool to close the current funding gap. The WFC proposes initially using International Monetary Fund (IMF) Special Drawing Rights (SDRs), i.e. creating new money via the existing mechanism of this IMF reserve currency. Such new money would not be inflationary when created and issued only against performance, i.e. the production of additional renewable energy. The new industrial revolution we now need can provide huge



© Louise Gagnon - Fotolia.com

financial and entrepreneurial opportunities. But this will require a new legal framework for money creation, to ensure that it flows to regenerate our societies and planet and not into asset bubbles.

What degree of innovation is possible, given that in your opinion the market is a good servant but a bad master, and that growth isn't the answer to many key questions?

Whatever a society has the resources, labour, knowledge and technology to do, it can also finance. To claim that the transition to sustainability is too costly is to say that we cannot afford to live on this planet! The bottom line depends on what we decide to include in and omit from the top lines. The WFC has initiated an unprecedented study of the costs of the waste caused by burning valuable fossil fuel raw material instead of maximizing the use of renewables. The problem with economic growth is that it is becoming uneconomic, increasingly required for disaster prevention and repair, instead of improving quality of life. We therefore need to stop repeating the mantra that "growth" will solve our problems when it is clear both that it cannot and that it is hitting limits, the global peak everything. But I am convinced that we have the creativity and innovative skills to find new paths, as soon as we mobilize the courage to think and act outside the box.

The financial world is currently in a transitional phase. This is

always also associated with innovation. What is your impression of Liechtenstein as a financial centre in this regard?

It is my impression that Liechtenstein is moving ahead faster than other countries. Being able to change course quickly when required is an advantage of a small country.

You have been personally involved for over 30 years, have been lauded as a "European hero", and have received a number of important European awards. What inspires you to dedicate yourself to a sustainable future?

My motivators are the people I have met who have risked so much more than I have - including their lives and freedom.

Where do you see the World Future Council in the coming five to ten years and which issues or projects will form the focus of the organisation's activities and will continue to influence it?

I see the WFC as assisting policy-makers wherever possible and necessary to ensure that future generations encounter a healthy planet. I trust that will always remain the overall focus and aim of the WFC.

Biomimicry – A New Economic Driver with Financing Needs

Biomimicry – the science of taking ideas from the natural world to solve human problems – is rapidly gaining attention in companies and institutions around the world. It has the potential of bridging the gap between environmental and economic growth goals and creating new business and investment opportunities.

by Lynn Reaser

Some examples of the applications of biomimicry may help explain what it involves. One of the first commercial applications dates back to 1941 when a Swiss engineer invented the now ubiquitous Velcro closure. This concept was inspired by the inventor's investigation of the cockleburs that were always caught in his dog's fur when he took his pet for a walk. A similar application is the Japanese bullet train that has been redesigned to mimic the streamlines of the kingfisher to avoid sonic booms. Swimsuits designed by Speedo and first used in the 2000 Summer Olympics emulate the features of a shark's skin. Increasing numbers of firms are involved in biomimicry-inspired products. The MEMS Technologies division of Qualcomm, based in San Diego, California, has achieved a major breakthrough for display devices that can be used for cell phones, e-readers, notebook computers, GPS units, and cameras. Inspired by the way colors are created in butterflies, the new display screens can be seen in full sunlight, while batteries can last three times as long as those in comparable devices with LCDs.

An Economic Game Changer

Biomimicry could provide the means to achieve both environmental and economic goals. The current model achieves environmental goals by companies creating sustainability programs driven by a belief in "corporate responsibility" (sometimes with public

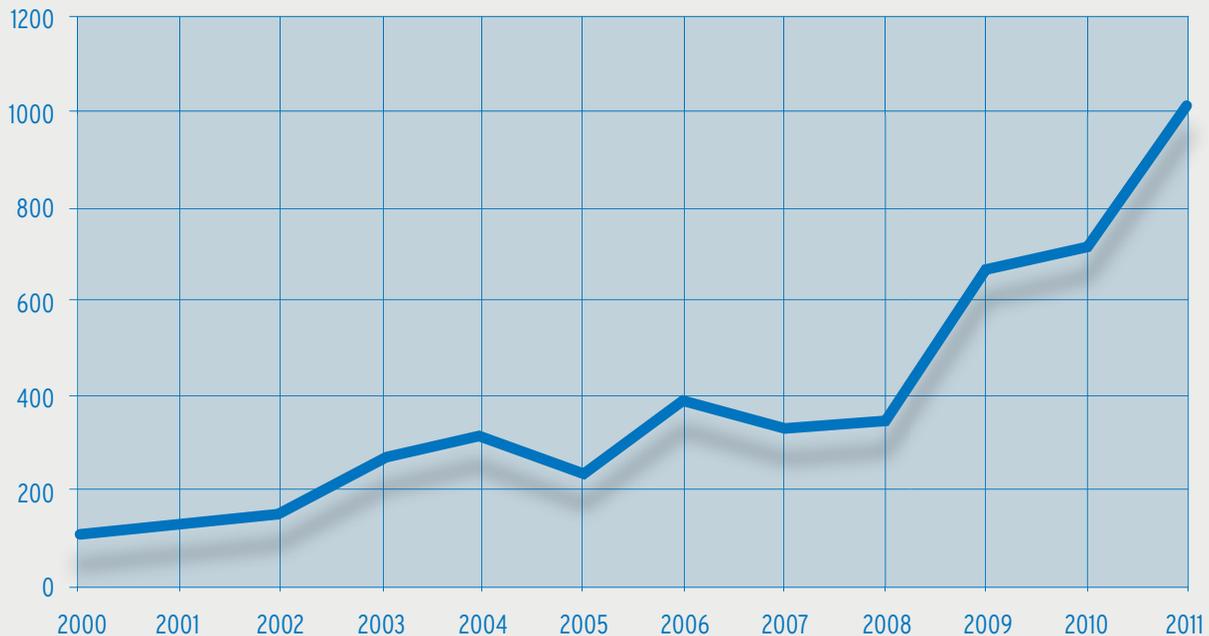
relations benefits), tax incentives and subsidies, or regulations and government mandates. These approaches can face opposition, particularly in times of economic stress. The new model, facilitated by biomimicry innovations, could find firms embracing environmental goals because they align with and enhance their economic and financial interests.

Industry Transformation and Global Potential

Biomimicry could transform large slices of various industries over the next 15 years. New materials, products, designs, processes, and systems based on emulating the natural environment could all be deployed in a wide range of industries spanning chemicals, waste management, architecture, transportation, electronics, energy, and many others. Companies in the U.K., continental Europe, Africa, and Australia, as well as the U.S., are already active in the field. Research is also under way in China, South Korea, Japan, India, and Brazil. We estimate that biomimicry could affect about USD 1 Trillion of the world's total output by 2025. The Fermanian Business & Economic Institute (FBEI) has developed a measure – the Da Vinci Index – to monitor the progress of biomimicry over time. This index is based on the number of patents issued in the U.S., the number of grants issued by the National Science Foundation (NSF) and National Institutes of Health (NIH), the value of those grants for any given period, and the number of

Composite Da Vinci Index Expands Tenfold

Index, 2000 = 100



Source: FBFI

scholarly articles published worldwide on biomimicry. This Index has shown explosive growth over the past decade in biomimicry, expanding tenfold between 2000 and 2011.

Investment Opportunities and the Need for Financial Vehicles

Biomimicry holds the potential to attract sizable capital inflows, driven by the prospects of rapid growth and high rates of return. The motivation will not come just from the focus on green products and sustainable systems. The ability to improve efficiency, create products that perform better than those now available, and sell at lower costs than competing items all speak to the value of biomimicry. Although firms are reluctant to disclose financial data on individual products, returns of 40 to 50 per cent on new bio-inspired products appear readily achievable and common. Annual sales growth rates of 75 to 100 per cent in the initial years can often be expected. The economies of scale and advantages of dominant market share should yield advantages as production is ramped up. Significant licensing fees also may be earned. Financing bio-inspired products and solutions is likely to be difficult as investors have turned more risk averse. Venture capitalists in many cases, such as in biotech, are increasingly waiting for firms to produce a product with some success in the marketplace before funding new ventures. Returns on biomimicry-based products could be highly variable especially in markets where distribution

channels may work against new entrants and new products. Yet, the potential for diversification over a wide range of firms with different types of products and solutions suggests a significant benefit for this type of investment in addition to sizable potential returns.

The Role of Financial Intermediaries

Financial intermediaries could determine whether or not biomimicry can achieve its potential to be a true game changer in the global economy. Two major channels of biomimicry will need to be supported: Individual scientists, consulting firms, and other organizations scanning nature for possible ideas that can be converted into commercial application and Firms or consortiums of companies that are developing bio-inspired concepts into goods and/or services. Financial vehicles could include mutual funds of stocks, exchange traded funds, private equity funds, and bond funds. Biomimicry is clearly a new creative approach to business and economics that will require an equal amount of creativity and innovation on the part of financial intermediaries.

Social Investing: Fixing Capitalism with Capitalism

Capitalism – in its current form – has let us down. We have seen this truism manifest itself globally, from the disruptive protests of the Occupy movements to mainstream debates such as Capitalism in Crisis, the in-depth series that the Financial Times ran at the beginning of 2012.

by Karl H. Richter

A great deal is at stake. Nouriel Robini, the economist also known as ‘Dr Doom’ for predicting the 2008 crisis, together with Niall Ferguson recently wrote that European leaders are dangerously close to repeating the mistakes of the 1930’s, when according to them „democracy died”. An unwelcome and provocative comparison.

Innovation

Contrary to what some people say, we need more financial innovation. Moreover, we need financial innovation that is blended with social innovation. These new hybrid strategies are being facilitated by groups like the Finance Innovation Lab, a joint venture between the World Wildlife Fund and the Institute for Chartered Accountants in England and Wales. Their aim is to incubate and accelerate new ways of achieving prosperity for people and planet, and to build a bridge between the establishment and disruptive movements. A new breed of entrepreneur is being inspired, people who do not believe that society is best served by separating business from charity. Instead, they seek to combine the principles of both – they call themselves social entrepreneurs to reflect this duality.

The Political Will for Change

A parallel shift is occurring amongst the political classes. Globally, certainly in developed countries with burgeoning welfare bills and high budget deficits, leaders understand all too well the need for deeper economic reform – because, to put it bluntly, there simply is not enough public money with which to both stimulate the economy and maintain the levels of prosperity citizens expect. An international conference on social innovation and social entrepreneurship was recently held in Portugal, appropriately named Unpacking the Future. It was convened by the Portuguese organisation Private Institutions of Social Solidarity and supported by Euclid

Network, the European network for civil society leaders. The long queues proved that people think these issues are important. The buzz was palpable. Emmanuel Vallens of the European Commission explained that Commissioner Barnier, who is responsible for the Single Market Act, has put social entrepreneurship at the heart of his vision for a better and stronger single market. In short, the Commission believes firmly that supporting a market-based business typology that deliberately seeks out social as well as financial objectives is integral to achieving smart, inclusive and sustainable growth. The aspiration is clear – for social business to boost the economy and at the same time improve the prosperity and wellbeing of citizens. Recognising that the solutions will come from the ground up, and not from a top down bureaucracy, the Commission recently established an expert group of social entrepreneurship practitioners. Known in ‘Eurospeak’ as GECES, it will advise the Commission on how they can improve the visibility, legal environment and access to capital for social ventures. The US Government is moving in a similar direction. In April 2012, US Secretary of State Hillary Clinton launched her vision for a Global Impact Economy at the US State Department. There is arguably a strong read-across between principles of the impact economy and the social economy, sufficient that they both relate to the same underlying precept. The US State Department was keen to hear about policy initiatives of the European Commission that are shifting the social economy from niche to mainstream. Europe is recognised as a thought leader on this topic, and it is rising to the challenge.

An Emerging Market – A New Asset Class

The European Commission is finalising new regulations to encourage more social investment – the means with which capital is allocated to social ventures. A new passporting regime for



European social investment funds will be available from 2013. The intention is that funds opting for the passport will find cross-border fundraising much easier because of common standards and a streamlined regulatory environment. This is valuable enabling infrastructure for establishing a better functioning capital market for social investment. Importantly, the detail of the draft regulation acknowledges that, for social investment to flourish, there needs to be a balance between top-down rules and grassroots adaptability. Capital will only flow if we can demonstrate that social investment is indeed a viable and exciting investment prospect in its own right. In other words, that it makes economic sense. The report *Making Good in Social Impact Investment* makes this case. It provides the framework for how social investment can be presented as an exciting alternative investment prospect. The report also analysed how other investment markets emerged, such as those supporting bio-science and the internet. To quote the co-author Rupert Evenett, joint chief executive of Engaged Investment and capital markets banker with 20 years of experience: „Moving from emerging to emerged is very possible – it’s a path followed by many other markets. The challenge is to get a wide investor group involved with broader, deeper capital. It needs some high profile successes in the shop window (like the Netscape and Apple IPOs were at different stages for the tech market). And it needs transparent investment data that investors can get their arms around, and which gives real risk and return definition to social investment as a new asset class.”

Enabling Infrastructure

A new generation of financial intermediary is establishing itself to serve this market. They are the interlocutors between social ventures and capital. By understanding the requirements of both, they help organisations diversify their financial platforms and help capital

find worthy investment prospects. Engaged Investment is one such intermediary. As part of its work in helping to build better market infrastructure, it is developing a financial index – EngagedX – to aggregate anonymised investment statistics of social investments. EngagedX will be the first index of its kind worldwide to capture both financial data as well as the measurements of social impact achieved. The dataset will over time reveal the characteristics of social investment that make it a distinctive asset class. According to Rupert Evenett: „Investment loves an index. An index gives investors a baseline and provides definition to a market”. EngagedX has been recognised by Big Society Capital in the UK and other European social investors as the type of enabling infrastructure that is vital to help the social investment market mature and attract further capital.

Sustainable Capitalism

Social investment is growing up quickly as it moves from niche to mainstream. It is a financial engine that is pro-market, pro-business and fundamentally pro-people. To some degree this too was the original capitalist ideal, but something went wrong. A refined vision of sustainable capitalism is crystallising – to explicitly do good whilst doing well. This nuanced focus is driving innovation that fixes what is broken and keeps what works. In a discussion with Michael Green, economist and co-author of *PhilanthroCapitalism*, he was asked whether the shared values of social investment could help fix the market failure of the recent crisis. He instinctively responded that „we can fix capitalism with capitalism”, acknowledging in that succinct statement that capitalism is a dynamic system that simply needs recalibrating to serve people better.

Liechtenstein hat klug reagiert

Thierry Déléze ist Zürich-Korrespondent der Medien Tribune de Genève und 24 Heures. Im Interview spricht er über die Herausforderung komplexer Wirtschaftsthemen, das Tempo der Medien und die Wahrnehmung Liechtensteins in den Westschweizer Medien.

Interview mit Thierry Déléze

Herr Déléze, als Zürich-Korrespondent für Westschweizer Medien berichten Sie auch über Liechtenstein. Wie werden Liechtenstein und sein Finanzplatz in der Westschweiz wahrgenommen?

Liechtenstein ist kein häufiges Thema in der Westschweizer Presse und das breite Publikum kennt Liechtenstein und seinen Finanzplatz nicht gut. Teilweise stelle ich auch fest, dass Liechtenstein mit Luxemburg verwechselt wird oder sogar dem Finanzplatz Schweiz zugerechnet wird. Meines Erachtens gibt es hier noch ein grosses Kommunikationspotenzial hinsichtlich Liechtenstein generell, aber auch über seine Neuausrichtung und seine Bemühungen. Das ist sicherlich ein längerer Prozess und braucht auch Zeit.

Die Westschweiz hat mit Genf ihren eigenen international anerkannten Finanzplatz. Welche Unterschiede sehen Sie zu Finanzplätzen wie Zürich und nicht zuletzt Liechtenstein?

Der Finanzplatz Genf ist vor allem für seine Privatbanken und sein Wealth Management international bekannt, Zürich als Hauptsitz der UBS und der Credit Suisse. Die Privatbanken haben in Genf eine wichtige historische Rolle gespielt, aber heute sind die ausländischen Banken mit mehr als 60 Niederlassungen für eine gesamte Zahl von 130 Banken der grösste Arbeitgeber (mehr als 8'000 Arbeitsplätze, Privatbanken: circa 4'000). Ausserdem ist Genf ein Rohstoffhandelszentrum. Ein Drittel der weltweiten Ölexporten werden zum Beispiel in Genf verhandelt. Bezüglich der Bedeutung von Privatbanken, Wealth Management und ausländischer Kundschaft unterscheidet sich Genf nicht so sehr von Vaduz.

Wie beurteilen Sie die Entwicklungen, die Liechtenstein in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht und umgesetzt hat?

Liechtenstein hat sehr schnell und klug auf die weltweiten Änderungen im Bankenbereich reagiert. Das Steuerabkommen mit Grossbritannien ist ein gutes Beispiel dafür. Ein weiteres gutes Beispiel sind die Anpassungen an die EU-Richtlinien für Alternativfonds (Hedgefonds). Da war Liechtenstein sehr schnell.

Welche Diskussionen führen Sie in der Westschweiz, wenn Liechtenstein ein Thema wird?

Wie gesagt ist es ziemlich selten, dass man über Liechtenstein spricht. In den letzten Wochen und Monaten wurde aber mehr über Liechtenstein berichtet, insbesondere wegen der Fähigkeit, sich schnell an eine neue Situation und an die internationalen Regelung-Standards anzupassen. Liechtenstein ist daher durchaus zu einem Thema geworden. Man beobachtet aufmerksam, wie der kleine Nachbar der Schweiz Lösungen zu Problemen findet, mit welchen die Schweiz auch konfrontiert ist. Die Weissgeldstrategie von Liechtenstein interessiert aktuell die Westschweizer Presse. Ist sie für die Schweiz anwendbar, was sind die Kosten? Solche Fragen werden debattiert.

Sie sind Anfang April 2012 für einen Tag nach Liechtenstein gereist. Wie war Ihr Eindruck? Haben Sie auf alle Ihre Fragen Antworten erhalten?

Ich war sehr positiv überrascht, wie leicht erreichbar die Hauptakteure sind. Es war ziemlich einfach, Termine zu bekommen. Ich habe gespürt, dass ein grosses Interesse da war, zu informieren. Auf dem Finanzplatz Liechtenstein wird Innovation grossgeschrieben.

Wie werden diese Bemühungen im französischsprachigen Teil der Schweiz wahrgenommen?

Thierry Déléze

Thierry Déléze ist seit Dezember 2010 Wirtschaftskorrespondent für Tribune de Genève und 24 Heures in Zürich. Zuvor war er drei Jahre stellvertretender Chefredaktor bei 20 Minutes, wo er unter anderem die Online-redaktion führte. Déléze studierte Politikwissenschaften und absolvierte später die Journalistenschule. Seine Karriere begann er bei Radio Suisse Romande in Lausanne, wo er verschiedene Funktionen inne hatte, unter anderem war er vier Jahre Korrespondent für das Inlandressort in Zürich.



© Tribune de Genève

Das Abkommen mit Grossbritannien und die Umsetzung der EU-Richtlinie für Alternativfonds gelten als innovativ. Innovativ sind also auch die Flexibilität und die Fähigkeit, sich anzupassen. Dieses Verhalten erntet aber auch Kritik. Einige Beobachter sehen hier nur eine geschickte und gut geführte Marketingkampagne. Nicht alle sind überzeugt davon. Andere sind der Meinung, dass Liechtenstein im Bereich Hedgefonds nie mit Luxemburg wettbewerbsfähig wird und nie eine bedeutende Hedgefonds-Adresse wird.

Im Februar 2011 hat der Liechtensteinische Bankenverband unter dem Namen Roadmap 2015 eine Zukunftsstrategie für den Finanzplatz verabschiedet. Wie nehmen Sie diese wahr?

Das gibt mir den guten Eindruck, dass der Bankenverband offen und innovativ handelt, um den Finanzplatz für die Zukunft gut zu positionieren. Die nächsten Monate werden auch für Liechtenstein schwierig sein, das sieht man schon bei den Treuhandgesellschaften. Es ist sehr wichtig, schon jetzt neue Wege zu suchen und seine Stärken gut zu verkaufen. Inhaltlich kann ich nicht zu tief in die Details gehen, aber ich halte es grundsätzlich für richtig, die Stabilität, die zentrale Lage, die Nachhaltigkeit und die internationale Verbindung (EWR-Zugang) als Hauptvorteile zu verkaufen.

Auf den Finanzmärkten Europas ist derzeit vieles in Bewegung. Welche Bedeutung hat das für Sie und Ihre Arbeit?

Auf der einen Seite ist es spannend. Auf der anderen Seite ist die heutige Komplexität für Journalisten eine riesige Herausforderung. Wir müssen die Komplexität zuerst selber verstehen und dann den Lesern erklären. Es ist ebenfalls eine grosse Herausforderung, die Entwicklung der neuen Medien und die zunehmende

Geschwindigkeit zu beherrschen.

Als Korrespondent schreiben Sie über verschiedenste Themen. Wie spannend sind dabei Finanzplatzthemen für Sie?

Finanzplatzthemen waren zu Beginn ziemlich fremd für mich, weil ich vor allem über politische und gesellschaftliche Themen berichtete. Mittlerweile finde ich jedoch Finanzthemen äusserst spannend und vor allem extrem wichtig, aber auch sehr komplex. In meiner Arbeit versuche ich, zu zeigen und zu erklären, inwiefern diese Themen einen Einfluss auf unseren Alltag haben und dies den Lesern nahezubringen.

Was reizt Sie am Beruf des Journalisten?

Es gefällt mir insbesondere, Leute aus verschiedenen Bereichen treffen zu können, das empfinde ich als echtes Privileg. Eine weitere Bereicherung ist es für mich, als Beobachter zu wirken. Die alltägliche Abwechslung ist ein weiteres Plus. Unsere Funktion bedeutet aber auch grosse Verantwortung. Die Fakten der Wirtschaft müssen in ihrer Komplexität so richtig und objektiv wie möglich aufgezeigt werden.

Wo fühlen Sie sich wohler: in den Printmedien oder in der Online-welt?

Als Korrespondent fühle ich mich in den Printmedien wohler, weil diese mehr Zeit bieten, einen Bericht zu schreiben. Bei den Onlinemedien mag ich vor allem die Möglichkeit, Updates quasi live vorzunehmen. Ein Onlineportal trotz der Kurzlebigkeit glaubwürdig und faktengetreu zu führen, ist eine grosse Herausforderung.

Der Fondsmarkt Europa wird gebaut

Im EU-Binnenmarkt eröffnet sich neues Marktpotenzial für KMU Venture Capital Fonds und Social Entrepreneurship Fonds. Sie bieten mittelfristig für den Platz Liechtenstein grosse Chancen.

von Johannes J. Schraner

Vermögensverwaltungsplätze in Westeuropa, Nordamerika und Japan sind unter Druck. Starke Wachstumsraten des Privatvermögens dagegen verzeichnen Osteuropa, Asien, Afrika und Südamerika. Weltweit hat das Vermögen von Privatpersonen im vergangenen Jahr um 1,9 Prozent auf USD 122,8 Bio. zugenommen. Das sind die wichtigsten Ergebnisse des Global Wealth Report 2012 der Boston Consulting Group. Der Druck für Vermögensverwalter in Westeuropa entsteht zum einen durch sinkende Erträge. So ist zum Beispiel die Cost-Income-Ratio auf dem Finanzplatz Schweiz von 63 Prozent im Jahr 2007 auf 79 Prozent im Jahr 2011 gestiegen. „Und die Ratio wird weiter steigen“, heisst es im Wealth Report. Zum anderen bewirkten die Redefinition des Schweizer Bankkundengeheimnisses, neue Steuerabkommen und eine immer stärkere Konkurrenz einen merklichen Abfluss von Kundengeldern.

„Mit der Umsetzung der Richtlinien kann sich Liechtenstein als Fondsstandort der Zukunft positionieren.“

Potenzial für neue Geschäftsfelder

Zwar ist die Schweiz mit rund CHF 2 Bio. ausländischem Vermögen weiterhin der weltweit grösste Finanzplatz für Offshore-Kunden. Bis 2014 könnten allerdings die bisher auf CHF 871 Mrd. geschätzten Gelder aus verschiedenen Ländern Westeuropas um satte 28 Prozent schrumpfen, schätzt die Boston Consulting Group. Die Erträge könnten innerhalb der nächsten zwei Jahre sogar um knapp 50 Prozent auf CHF 5,6 Mrd. einbrechen. Was bedeuten diese Perspektiven für die Vermögensverwaltungsplät-

ze in Westeuropa? „Angesichts des massiven Umbruchs in ihrem Umfeld müssen sich die Banken neu erfinden“, schreibt die Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers in Genf in ihrem Jahresbericht 2011 nüchtern. Sich neu erfinden heisst für Banken vor allem, sich neue, zukunftsfähige Geschäftsfelder zu erschliessen. Der Vermögensverwaltungs- und Fondsplatz Liechtenstein hat durch die Mitgliedschaft zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) Zugang zum EU-Binnenmarkt. Er birgt das wichtigste Zukunftspotenzial für liechtensteinische Finanzdienstleister. Ganz besonders trifft dies für den Fondsbereich zu, in dem sich verschiedene Finanzplatzakteure mit Unterstützung der Regierung derzeit anschicken, sich international zu positionieren. Mit den Richtlinien zu UCITS IV und AIFM wurden entsprechende Rahmenbedingungen und ein weiterer EU-Pass geschaffen. Die Richtlinien eröffnen damit Chancen für Verwalter und deren Produkte aus Liechtenstein. Der Alternativbereich ist mit den vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen in Liechtenstein auch für Asset Manager und Promotoren von alternativen Investmentfonds aus dem Nicht-EWR-Raum interessant. Dies bestätigt Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbands. „Mit der raschen Umsetzung der Richtlinien kann sich Liechtenstein als attraktiver Fondsstandort der Zukunft positionieren.“ Neue Gesetzesinitiativen der EU zeigen, dass sich weitere, europäische Geschäftsfelder im Fondsbereich abzeichnen, die auch für Anbieter am Finanzplatz Liechtenstein Marktpotenzial bergen.

Programm für Wettbewerbsfähigkeit

Eine dieser Initiativen ist der Vorschlag der EU-Kommission, einen grenzüberschreitenden EU-Pass für Venture Capital Fonds vor allem für KMU zu schaffen. Neben der Gesetzesinitiative sollen im Rahmen des EU-Budgets zwischen 2014 und 2020

insgesamt EUR 2,5 Mrd. an Garantiekapital zur Verfügung gestellt werden. Dies im Rahmen des Programms für Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und für KMU (Cosme). Durch das Programm sollen jährlich knapp 40'000 Unternehmen unterstützt werden. Dies zum einen durch die Bereitstellung von Eigenkapital-Fazilitäten für Investitionen in der Wachstumsphase. Zum anderen werden im Rahmen einer Fazilität Kredite für KMU vergeben. Die Kredite sind durch direkte oder andere Risikoteilungsvereinbarungen mit Finanzmitteln abgesichert. Der Gesetzesvorschlag liegt derzeit im mitentscheidenden Europäischen Parlament sowie bei den EU-Finanzministern. Die europäische Bankenbranche begrüsst Cosme ausdrücklich. „Unsere nationalen Mitgliederverbände haben ein starkes Interesse an diesem wichtigen Programm, das den KMU den Zugang zu Kapital innerhalb der EU erleichtert“, nimmt der Europäische Bankenverband (EBF) zum Cosme-Programm Stellung.

Verantwortung und Reputation

Dabei gehe es den Banken nicht nur um ihre Funktion als Dienstleister für die verschiedenen Finanzprodukte des Programms. Es gehe auch um die Banken als Akteure mit Erfahrung zugunsten der Gesamtwirtschaft. Mit anderen Worten: Der sich abzeichnende EU-Binnenmarkt für Venture Capital Fonds ist eine konkrete Möglichkeit für die Banken im EWR-Raum, in der Realwirtschaft zu wirken, dort Verantwortung zu übernehmen und sich damit gesamtgesellschaftlich zusätzliche Reputation zu schaffen. Im Hinblick auf die Umsetzung der neuen Regulierung für grenzüberschreitende Venture Capital Fonds regt der EBF unter anderem eine Erweiterung der Finanzierungsinstrumente für die Venture Capital Fonds an. Sie sollten nicht nur in Form von Anteilscheinen möglich sein, sondern auch in Form von Schuldtiteln oder sogar von Wandelanleihen. Die entsprechenden

Einschränkungen machten die Regulierung möglicherweise unattraktiv.

Sozialinvestitionsfonds

Neben der Schaffung eines europäischen Markts für Venture Capital Fonds ist die EU auch im Begriff, einen grenzüberschreitenden Markt für sogenannte Sozialinvestitionsfonds zu schaffen. Sie sind in Firmen investiert, von denen eine positive soziale Wirkung ausgeht und die als Unternehmenszweck nicht ausschliesslich eine Gewinnmaximierung verfolgen. Tätig sind solche Gesellschaften zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Umweltschutz, Arbeitsplatzbeschaffung für Menschen mit Behinderungen, Armutsbekämpfung oder Menschenrechte. Der wachsende Sektor macht inzwischen laut EU-Kommission 10 Prozent aller europäischen Unternehmen aus und bietet über 11 Millionen Menschen einen bezahlten Arbeitsplatz. Obwohl solche Unternehmen oft auch öffentliche Mittel erhalten, bleiben private Investitionen über Fonds für das künftige Wachstum unverzichtbar. EU-Binnenmarktkommissar Barnier schlägt deshalb unter anderem den Abbau von Hindernissen bei der grenzüberschreitenden Kapitalbeschaffung durch die Einführung eines weiteren europäischen Passes vor. Die Fondsverwalter erhalten damit Zugang zu Anlegern in der gesamten EU. Ein EU-weites Gütesiegel soll das Vertrauen der Anleger in Sozialinvestitionsfonds fördern. „Sozialunternehmen verkörpern genau die intelligente, integrative und nachhaltige Art von Wachstum und Innovation, die wir in der europäischen Wirtschaft heute so dringend brauchen“, bringt es der Franzose auf den Punkt.

Uns motiviert die konkrete Wirkung vor Ort

Peter Wuffli war bis zu seinem Rücktritt Mitte 2007 fast 15 Jahre in der UBS-Konzernleitung tätig. 2006 gründete er gemeinsam mit seiner Frau eine gemeinnützige Stiftung zur Armutsbekämpfung. Er will damit auch Akzente für unternehmerische Philanthropie setzen.

Interview mit Peter Wuffli und Andreas Kirchschräger

Herr Wuffli, Sie haben sich schon in der Studienzeit in St. Gallen mit ethischen Fragen auseinandergesetzt. Wie kam es zur Gründung der elea Foundation?

Fragen zur Ethik, aber auch zur Armutsökonomie und zur wirtschaftlichen Globalisierung sind Interessengebiete, die ich seit vielen Jahren mit Passion verfolge. Meine Frau und ich haben die Stiftung Ende 2006 gegründet, um Menschen mit weniger als USD 2 Tageseinkommen Zugang zu Globalisierungschancen zu verschaffen und damit zur Armutsbekämpfung beizutragen.

Sie haben beträchtliche Summen Ihres eigenen Kapitals investiert. Was bedeutet dieses Engagement für Sie persönlich?

Mich motiviert die konkrete, sichtbare Wirkung vor Ort. Im Übrigen möchten wir mit unserer Arbeit einen Akzent für unternehmerische Philanthropie setzen und dadurch auch andere Investoren und gemeinnützige Stiftungen inspirieren.

Was verstehen Sie genau unter unternehmerischer Philanthropie?

Nachhaltige Wirkung entsteht, wenn Kapital, Ideen und unternehmerische Energie zusammenkommen. Wir suchen und unterstützen Unternehmerpersönlichkeiten und Teams, welche lokale Chancen zur Armutsbekämpfung erkennen und umsetzen können.

Andreas Kirchschräger: Konkret heisst das, dass wir professionelle Kriterien und Prozesse bei der Auswahl und Prüfung unserer Engagements und bei der Messung dessen Wirkung vor Ort anwenden. Wir arbeiten mit ähnlichen Methoden wie ein aktiver

Investor in einem Private-Equity-Geschäft und investieren neben Kapital auch Zeit und unser betriebswirtschaftliches Know-how. So helfen wir bei der Ausarbeitung von Geschäftsplänen, bei der organisatorischen Gestaltung sozialer Unternehmen oder bei der Entwicklung und Umsetzung von Finanzierungsstrategien. In einzelnen Fällen nehmen wir auch Einsitz im Verwaltungsrat.

Können Sie uns das an einem Beispiel näher erklären?

Wir sichten etwa 120 Ideen und Vorschläge pro Jahr und analysieren etwa zwei Dutzend Projekte, von denen wir in zwei bis drei investieren. Ein Projekt muss nachhaltige und breit abgestützte Wirkung erzielen. So sind wir zum Beispiel Aktionär eines jungen Unternehmens in der Schweiz, das unter anderem in Südindien biologisch angebaute Cashew-Nüsse höchster Qualität einkauft und in der Schweiz vermarktet und damit über 4'000 Kleinbauern zu mehr Einkommen verhilft. Oder wir tragen in Bolivien dazu bei, die Betreiberinnen von Kleinstläden besser auszubilden, sodass sie (in der Mehrzahl alleinerziehende Mütter) mit dem aufgrund des Programms erzielten Zusatzeinkommen ihre Kinder zur Schule schicken können.

Wie stellen Sie die langfristige Finanzierung Ihrer Engagements sicher?

Peter Wuffli: Wir sind nun seit vier Jahren operativ tätig. In einem ersten Schritt haben wir mit eigenem Kapital die Voraussetzungen für eine nachhaltige Tätigkeit geschaffen. Dazu gehörten die Klärung unserer Strategie und Vorgehensweise, die Einstellung und Einarbeitung eines professionellen Teams sowie der Aufbau

Peter Wuffli

Dr. Peter Wuffli ist Präsident des Stiftungsrats der von seiner Frau und ihm errichteten elea Foundation for Ethics in Globalization. Er präsidiert den Stiftungsrat der Lausanner Managementenschule IMD und wirkt in den Verwaltungsräten der Partners Group (Zug) und der Opernhaus Zürich AG mit. Nach 9 Jahren bei McKinsey & Company war er von 1994 bis 2007 in verschiedenen Funktionen auf Konzernleitungsstufe bei der UBS tätig, ab 2001 als deren Präsident. Er ist Autor des Buches „Liberal Ethik - Orientierungsversuch im Zeitalter der Globalisierung“.

**Andreas R. Kirchschräger**

Andreas R. Kirchschräger ist seit 2008 CEO der elea Foundation for Ethics in Globalization und seit 1999 Delegierter des Stiftungsrats der Max Schmidheiny-Stiftung. Während 11 Jahren war er Geschäftsführer und Delegierter des Stiftungsrats der St. Galler Stiftung für Internationale Studien. Er ist Verwaltungsrat der Altium Capital AG und der Pakka AG sowie Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen (HSG).



eines breiten internationalen Netzwerks für die Know-how- und die Projektentwicklung. Mittlerweile sind wir in einem Dutzend Projekte in neun Ländern in Afrika, Lateinamerika und Asien engagiert. Vor rund einem Jahr haben wir auch begonnen, Unternehmerpersönlichkeiten, gemeinnützige Stiftungen und Unternehmen für philanthropische Investitionen für unser Portfolio zu begeistern.

Aus welchen Motiven investieren Ihre Partner ins Portfolio von elea?

Andreas Kirchschräger: Zu unserem Philanthropic Investors' Circle gehören Unternehmer, die unseren marktwirtschaftlichen Ansatz und unsere Wirkungsorientierung schätzen. Gewisse Stiftungen finden durch ein Engagement bei uns Zugang zu professionellen Ressourcen und einer strukturierten Diversifikation, die sie im anspruchsvollen Gebiet der Armutsbekämpfung mit unternehmerischen Mitteln nicht selber aufbauen möchten oder können. Zudem arbeiten wir mit einem Unternehmen zusammen, das eine solche Partnerschaft mit messbaren Resultaten als Teil seines Corporate Social Responsibility Programs betrachtet.

Das Motto dieser Ausgabe des BANKENMAGAZINS ist Innovation. Was ist an Ihrer Arbeit innovativ?

Wir versuchen, mit unserer Professionalität neue Massstäbe im Gebiet gemeinnütziger Stiftungsarbeit zu setzen. Unsere Methode zur systematischen Wirkungsmessung haben wir dieses Jahr erstmals von BDO Schweiz (Teil eines bedeutenden internationalen Netzwerks von Auditfirmen) einer externen Prüfung unterzogen

und eine positive Audit Assurance erhalten. Von BDO wissen wir, dass sie das erste Mal in dieser Weise eine wirkungsorientierte Messmethode in der Philanthropie geprüft haben.

Welche Chancen sehen Sie hier gerade auch für kleinere Banken- und Finanzplätze wie Liechtenstein?

Peter Wuffli: Eine liberale Ethik im Zeitalter der Globalisierung führt zu massiv erhöhten Anforderungen an vermögende Persönlichkeiten und Institutionen mit Bezug auf ihre Verantwortung. Gerade kleinere Finanzplätze wie Liechtenstein mit vertrauensvollem Zugang zu bedeutenden Privat- und Stiftungsvermögen können sich hier als innovative Wegbereiter profilieren.

Wie sehen Sie die Zukunft der gemeinnützigen Stiftungen generell?

Wachsende Geldvermögen in Kombination mit beharrlichen Weltproblemen, wie Armut oder Klimaschädigung, und die abnehmende oder zumindest nicht wachsende Problemlösungskapazität von staatlichen Institutionen motivieren weltweit zu erhöhtem Engagement, oft in Form gemeinnütziger Stiftungen. Allerdings steigen auch die Anforderungen an die Stiftungsarbeit. Die Gesellschaft erwartet berechtigterweise höhere Standards bezüglich Qualität, Professionalität und Wirkungsmessung. Hier sind Stifter, Stiftungsräte und Aufsichtsbehörden gefordert.

Geld und Konsum

Früh übt sich ...

Wer heute nicht mobil surft, ist definitiv out. Und wer in der Oberstufe etwas auf sich hält, trägt Markenkleider. Ihren Preis sind diese Dinge ohnehin wert – auch wenn das Geld dafür oft geliehen ist.

von Daniel Jenal

Sophie surft auf ihrem nagelneuen Smartphone, während sie im Bus zur Schule fährt. Schicke Schuhe und die coole Tasche aus dem Webshop über der Schulter, Markenjeans. Wer hat das heute nicht? Tom, ihr Freund, sitzt lässig neben ihr und hört fetzige Musik. Er interessiert sich für Computer und Technik. Auch deshalb liest er das Männer-Magazin auf dem Tablet-PC anstatt im Grossformat und auf Papier.

Die Zeiten ändern sich

Vor gut 20 Jahren waren Markenkleider noch kein existenzielles Thema. Und auch Handys gehörten erst Jahre später zum Alltag. Heute leben Sophie und Tom in einer Welt voller Möglichkeiten: Beeinflusst von Peers und emotionaler Markenwerbung, umgeben von technologischen Trends. So mancher Besitz scheint heute ein Muss – um mitzuhalten und dazuzugehören. Wir leben in einer mobilen Welt, in der scheinbar alles sofort zu haben ist.

Was ist mir persönlich wichtig?

Dazugehören kostet Geld. Doch wer bestimmt, was „in“ ist, wer entscheidet, was definitiv zu gestern gehört? Wie bringen Eltern ihrem Nachwuchs bei, warum er nicht alles sofort haben kann und dass warten und verzichten können zum Leben gehören? Im Laufe ihrer Persönlichkeitsentwicklung erfahren Jugendliche aus der Presse von überhöhten Gehältern und sehen Werbung für Konsumkredite, die das schnelle Glück versprechen. Geld auszuleihen ist ja nicht per se etwas Schlechtes, denn viele Erwachsene tun es ja auch. Nie war es so leicht, sich selbst zu verwirklichen wie heute, und nie so

schwierig, den Durchblick zu behalten. Wer glücklich sein will, darf sich nicht zu sehr steuern lassen; Selbstfindung wird immer wichtiger. Wenn Kinder und Jugendliche erst einmal wissen, was ihnen persönlich wirklich wichtig ist, hinter welchen Einstellungen sie ehrlich stehen und hinter welchen eben nicht – dann wird sich vieles von alleine richten. Der Weg zu dieser Selbstfindung beinhaltet aber ein ganzes Stück Arbeit: Auseinandersetzung mit sich selbst und anderen und Wissen über Geschichte und Errungenschaften, Finanzsysteme und Mechanismen der Wirtschaft, Marken und Technologien, Gehälter und Statistiken. Die Erwachsenen sind in der Pflicht, ihren Kindern nachhaltige Werte zu vermitteln und ihr Bewusstsein für Geld und Konsumgüter und nicht zuletzt die Ressourcen dieser (Um)welt zu fördern.

Engagement für die nächste Generation

Um hierzu einen Beitrag zu leisten, wurde 2010 in Zürich der Verein Plan B gegründet. Dieser verbindet die Stiftung Pro Juventute mit Caritas Schweiz und der Aduno Gruppe. Im Verein Plan B kooperieren die beiden Non-Profit-Organisationen mit Partnern aus der Wirtschaft und haben eine gemeinsame Vision: Die nächste Generation lernt, bewusst mit Geld und Konsum umzugehen, und wenn nötig, zeigen wir einen Ausweg, falls das Leben sich nicht an den Plan hält. Pro Juventute sorgt für die Prävention in allen Landesteilen, während Caritas die Beratung und Direkthilfe verantwortet. Die Aduno Gruppe ihrerseits ermöglicht zusammen mit weiteren Partnern die Bereitstellung der dazu benötigten finanziellen Mittel. Eine spannende Konstellation – mit Erfolg!



„Potz Tuusig“ im Kindergarten Triesen

Konkretes Handeln ist gefragt

Als grösste Organisation für Kinder und Jugendliche in der Schweiz entwickelte Pro Juventute zwei Präventionsangebote. Diese richten sich an Kinder, Jugendliche und an deren Umfeld. In erster Linie konzipiert für Schulen, binden sie Eltern und andere Erziehende aktiv ein. Den eigenen Umgang mit Finanzen zu reflektieren und zu vermitteln, ist dabei eine zentrale Zielsetzung. Dank der inhaltlichen Zusammenarbeit mit Fachstellen von Budget- und Schuldenberatungen sowie Lehrer- und Elternverbänden sind die Angebote breit abgestützt und anerkannt: „Pro Juventute Potz Tuusig“ ist eine interaktive Bilderbuchgeschichte zur Vermittlung von Werten rund um Geld und Konsum. Die Kinder im Alter von 5 bis 8 Jahren werden damit schon früh befähigt, echte Wünsche von suggerierten Wünschen der Werbung zu unterscheiden, zu begreifen, dass warten und verzichten ganz normal ist, und zu erkennen „Was ist mir persönlich wichtig?“. Im Mittelpunkt des zweiten Lehrangebots, „Pro Juventute Kinder-Cash“ für 10- bis 13-Jährige, steht neben den Materialien für Schule und zu Hause ein spezielles Sparschwein mit vier Unterteilungen. Kinder und Jugendliche lernen so, ihr Geld einzuteilen, Prioritäten zu setzen, Ziele zu definieren sowie Reserven zu bilden. Bis heute hat Pro Juventute in der Schweiz mit beiden Angeboten über 40'000 Kinder und Jugendliche ausgebildet.

Früh übt sich ...

Gemäss der Erhebung des Bundesamts für Statistik über die Einkommen und die Lebensbedingungen lebten im Jahr 2008 in der Schweiz 570'000 Personen mit erheblichen Kontoüberzügen

oder Zahlungsrückständen und 657'000 Personen hatten Steuerschulden. Gleichzeitig wenden sich Jahr für Jahr mehr Kinder und Jugendliche mit Sorgen zu Geldthemen an die Pro Juventute Beratung + Hilfe 147. Kompetenzen können auch im Umgang mit Geld nicht früh genug entwickelt werden: Kindern von 5 bis 8 Jahren werden mit den Pro-Juventute-Materialien nicht etwa Wertschriften erklärt, sondern der Umgang mit Wünschen und Verzicht, mit Träumen und mit Vorfreude. Die altersgerechten Angebote schärfen das Bewusstsein der nächsten Generation und befähigt diese, zu erkennen, was jedem Einzelnen für sich persönlich wichtig ist. Wer über ein solches Fundament verfügt, wird später auch in der Lage sein, sich bewusst und kritisch mit Geld und Konsum auseinanderzusetzen.

Potz Tuusig

Studien belegen es: Jeder fünfte Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren hat Schulden. Bei den jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 24 Jahren ist es bereits jeder Dritte. Aus diesem Grund engagieren sich der Liechtensteinische Bankenverband und das Amt für Soziale Dienste in einem gemeinsamen Projekt „Schuldenprävention“. Im Rahmen dieses Projekts werden 2012 verschiedene Pilotprojekte und Pilottage für verschiedene Altersklassen und in verschiedenen Schulklassen angeboten und durchgeführt. Das Pilotprojekt für Kinder im Kindergartenalter wurde in Zusammenarbeit mit Pro Juventute am 13. Juni im Kindergarten Triesen organisiert (siehe Foto).

Schuldenprävention

Ein Kooperationsprojekt macht Schule

Studien belegen es: Jeder fünfte Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren hat Schulden. Bei den jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 24 Jahren ist es bereits jeder Dritte. Um die Verschuldung von Jugendlichen (und Erwachsenen) zu bekämpfen, ist eine früh angesetzte Prävention von grosser Bedeutung. Die Vermittlung von Finanzgrundwissen bei Kindern und Jugendlichen fördert den verantwortungsvollen Umgang mit Geld und hilft somit, Schulden zu vermeiden.

von Anita Hardegger

Der Liechtensteinische Bankenverband und das Amt für Soziale Dienste engagieren sich im gemeinsamen Projekt „Schuldenprävention“. Im Rahmen dieses Projekts werden 2012 verschiedene Pilotprojekte und Pilottage für verschiedene Altersklassen und in mehreren Kindergärten beziehungsweise Schulen angeboten und durchgeführt. Am 2. Juli 2012 konnte bei der Realschule Triesen und in Zusammenarbeit mit Mitarbeitenden von Mitgliedsbanken des Liechtensteinischen Bankenverbands ein Projekttag unter dem Titel Schuldenprävention durchgeführt werden. So haben 36 Jugendliche im Alter von 15 Jahren in Kleingruppen und über den ganzen Tag vier Stationen zu unterschiedlichen Themen durchlaufen. Bei jeder dieser Stationen haben die Jugendlichen Wissenswertes erfahren und sich dann selber aktiv mit dem jeweiligen Thema auseinandergesetzt.

Station 1: Budget

Das erste eigene Einkommen oder bereits der Umgang mit dem Taschengeld ist für viele junge Menschen eine Herausforderung. Der erste eigene Lohn kann zu Ausgaben verführen, die das Konto schneller leeren, als es die nächste Lohnzahlung wieder auffüllen kann. Bei dieser Station erstellten die Schülerinnen und Schüler ihr erstes Budget und lernten, wie man sein Geld verwalten und so die Kontrolle über seine Ausgaben behalten kann.

Station 2: Schuldenfallen

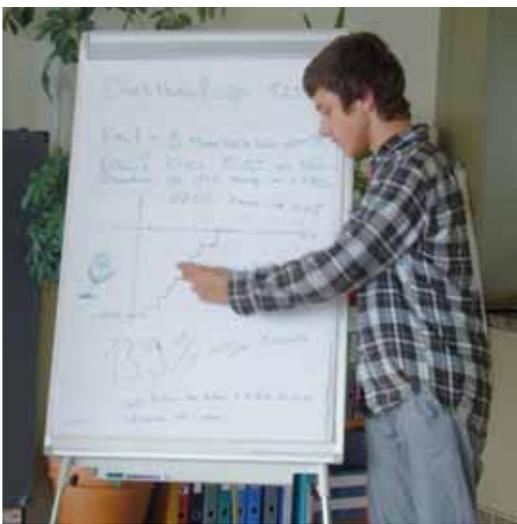
Bei der zweiten Station zeigte ein Schuldenberater den Jugendlichen auf, wie Schulden entstehen können, und sie erhielten wertvolle Tipps und Tricks, wie sich Schulden vermeiden lassen.

Station 3: Kontoarten und Zahlungsmöglichkeiten

Was für Kontoarten gibt es? Wie kann man Rechnungen bezahlen oder einen Dauerauftrag einrichten? Was bedeutet LSV? Zusammen mit den Schülerinnen und Schülern wurden bei der dritten Station Antworten zu diesen oder anderen Fragen erarbeitet.

Station 4: Finanzierungsmöglichkeiten

Bei der vierten Station bekamen die Schülerinnen und Schüler wichtige Informationen zu verschiedenen Kreditformen und deren Risiken. Im Anschluss absolvierten sie in Kleingruppen praxisnahe Übungen und berechneten die effektiven Kosten einer Anschaffung mit den in der Werbung so verlockend angepriesenen Finanzierungsmöglichkeiten.



Wandel bietet neue Möglichkeiten

Florian Marxer wurde 2011 Verwaltungsratspräsident der Centrum Bank. Keine leichte Aufgabe, doch Marxer sieht die Zukunft optimistisch. Innovation, Investition und Konzentration sind die unternehmerischen Leitlinien.

Interview mit Florian Marxer

Herr Marxer, Sie haben im vergangenen Jahr das Amt des Verwaltungsratspräsidenten der Centrum Bank angetreten. Wie haben Sie sich in das Amt eingelebt?

VR-Präsident einer Bank zu sein, ist eine anspruchsvolle und facettenreiche Aufgabe, die mir viel Freude macht. Von Anfang an konnte ich auf die grosse Erfahrung meiner Kollegen im Verwaltungsrat zählen. Zudem stand und stehe ich in engem Kontakt mit meinem Vater, der während fast 20 Jahren dasselbe Amt innehatte. Und dann war sicherlich auch meine juristische Ausbildung ein Vorteil.

Welche Ziele haben Sie sich für die kommenden Jahre gesetzt?

Wir werden unser Dienstleistungsangebot weiter gezielt ausbauen und konsequent auf die veränderten Bedürfnisse der Kunden ausrichten. Dazu investieren wir auch in Zukunft erhebliche Mittel. Wir werden uns dabei auch stärker als bisher auf unsere Heimmärkte Liechtenstein und Schweiz konzentrieren.

Im Jahr 2011 – wie bereits in den Vorjahren – war der Bankensektor von Strukturwandel, Unsicherheit an den Märkten, zunehmendem Regulierungsdruck und äusserst zurückhaltenden Kunden geprägt. Dennoch konnte Ihre Bank Neugeld in dreistelliger Millionenhöhe akquirieren. Worauf führen Sie das zurück?

Neugeld zu generieren, ist schwieriger geworden. Dass wir 2011 in Vaduz und in Zürich Nettoneugeld akquirieren konnten, liegt wohl an unserem stetigen Bemühen, eine möglichst individuelle und qualitativ hochstehende Kundenbetreuung zu gewährleisten. Dass dies gefruchtet hat, verdanken wir unseren engagierten Mitarbeitenden, denen Anerkennung und Dank gebühren.

Wie schätzen Sie die aktuelle Lage generell ein und wie möchten Sie diesem schwierigen Marktumfeld begegnen?

Das derzeitige Umfeld ist für unsere Banken nicht leicht. Auch die Centrum Bank musste einen empfindlichen Gewinnrückgang

verzeichnen. Ich bin aber zuversichtlich, dass sich der Finanzplatz und unsere Bank erfolgreich für die Zukunft positionieren können. Rechtssicherheit, Stabilität sowie engagierte und qualifizierte Mitarbeiter sind wichtige Standortfaktoren. Die Centrum Bank hat zudem den Vorteil, über eine gute Kapitalausstattung und ein langfristig orientiertes Aktionariat zu verfügen.

Selten hat es eine Generation gegeben, die derart konzentrierte und intensive Herausforderungen zu bewältigen hatte. Staaten- und Schuldenkrise, demografischer Wandel, Klimawandel, Armut auch in wohlhabenden Ländern, voraussehbarer Energie- und Wassermangel sind nur einige Beispiele. Welche Rolle werden Innovationen hier spielen?

Die globalen Herausforderungen, denen wir begegnen müssen, sind tatsächlich sehr gross. Hier sind Innovationen gefragt, die auch entsprechend ideell und materiell unterstützt werden müssen. Wandel bietet immer auch neue Möglichkeiten, man muss aber in der Lage und willens sein, diese zu ergreifen. Ebenso wird die internationale Zusammenarbeit immer bedeutender. Dies gilt auch für uns: Nur als weltoffener Finanzplatz können wir in Zukunft bestehen.

Wie sieht das Banking der Zukunft Ihrer Ansicht nach aus?

Die Risikoaversion des Anlegers ist seit der Finanzkrise deutlich gestiegen. Diesen veränderten Bedürfnissen gilt es, im Private Banking Rechnung zu tragen. Wertschöpfung für den Kunden wird in Zukunft nicht mehr ausschliesslich in der Verwaltung des anvertrauten Vermögens erzielt werden. Der Kunde erwartet immer mehr interdisziplinäre Lösungen. Bei alledem wird der Margendruck auch in Zukunft anhalten, weswegen Standardprozesse effizient gestaltet sein müssen. Gleichzeitig wird die individuelle Beratung noch stärker zum differenzierenden Element.

Die Centrum Bank plant Innovationen im Dienstleistungsangebot, beispielsweise die Wealth Solutions. Welche Philosophie steckt

Florian Marxer

Dr. Florian Marxer ist seit 2011 Verwaltungsratspräsident der Centrum Bank und hat damit die Nachfolge im Familienunternehmen angetreten. Der 35jährige Liechtensteiner studierte in Innsbruck, Strassburg, Zürich, New Haven (USA) und Vaduz Rechtswissenschaften. Darüber hinaus ist er Partner bei der Kanzlei Marxer & Partner Rechtsanwälte in Vaduz sowie Mitglied des Verwaltungsrats der Confida Treuhand- und Revisions-AG.

*dahinter und welches Ziel streben Sie damit genau an?*

Nebst erfahrenen Mitarbeitenden aus dem Private Banking und dem Portfolio Management stehen unseren Kunden im Rahmen von Wealth Solutions ausgewiesene Experten in den Bereichen Vorsorge, Kredite, Nachfolgeplanung und Steuern zur Verfügung. Diese erarbeiten auf Wunsch eine umfassende und integrierte Gesamtlösung. Um diese Dienstleistungen sukzessive ausbauen zu können, unternehmen wir in Zukunft noch grössere Anstrengungen zur ständigen Weiterbildung unserer Mitarbeitenden. Zudem sind wir auf der Suche nach hochqualifizierten Mitarbeitenden, die uns verstärken können.

Die Centrum Bank wird zudem Teile der Informatik auslagern. Was hat Sie zu diesem Schritt bewogen?

Dienstleistungen, die „state of the art“ sind, bedürfen zwingend einer topmodernen IT-Architektur. Auch die ständig steigenden regulatorischen Anforderungen erhöhen den Aufwand für Informatik und Administration deutlich. Um diesen gestiegenen Bedürfnissen auch in Zukunft auf effiziente Weise gerecht zu werden, wird die Centrum Bank Gruppe verschiedene Geschäftsprozesse sowie Teile der Informatik an die B-Source AG, einen der führenden Schweizer Business Process Outsourcer im Bankenbereich, auslagern. Wir werden ab Oktober auf einer Avaloq-Plattform arbeiten, was unter anderem eine erhebliche Reduktion der Administrationsaufgaben und Vorteile für den Kunden bringen wird. Dabei ist stets gewährleistet, dass keine Kundendaten der Vaduzer Bank in die Schweiz gehen.

Zu Ihnen persönlich: Sie waren in den vergangenen Jahren viel unterwegs, unter anderem in den Vereinigten Staaten, in Strassburg und in Singapur. Was zog Sie zurück nach Liechtenstein?

Liechtenstein ist meine Heimat. Hier ist meine Familie verwurzelt, hier sind wir seit langer Zeit unternehmerisch tätig. Deshalb war es für mich immer klar, dass ich nach meinen Auslandsaufenthalten

zurückkommen und mich für unsere Unternehmensgruppe und unser Land einsetzen würde.

Neben Ihren Verwaltungsratsmandaten sind Sie Rechtsanwalt, halten Vorträge an Universitäten und engagieren sich ehrenamtlich. Wie bringen Sie das alles unter einen Hut und wie schaffen Sie sich Zeitfenster für Ihre Familie?

Die Zeit mit meiner Familie ist mir sehr wichtig. Hier kann ich die Energie auftanken, die ich bei meiner Arbeit brauche. Es ist nicht einfach, sich den nötigen Freiraum zu schaffen. Deshalb verbringe ich die gemeinsame Zeit möglichst intensiv und bewusst. Und wenn einem die Arbeit Freude macht, kann eine hohe Arbeitsbelastung leichter ertragen werden.

SPOTS

Innovation heisst für mich ...
an der Verbesserung der Welt zu arbeiten.

An Liechtenstein gefällt mir besonders ...
dass jeder etwas bewirken kann.

Der Finanzplatz Liechtenstein wird in 10 Jahren ...
wie bisher eine zentrale Rolle für unser Land spielen.

Am Finanzsektor fasziniert mich ...
der Kontakt zu interessanten Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Ich möchte unbedingt ...
meinen Beitrag zur Weiterentwicklung des Landes leisten.

Am besten entspanne ich mich ...
wenn meine Frau meiner Tochter Gute-Nacht-Lieder vorsingt.

REDAKTION

Simon Tribelhorn,
Geschäftsführer,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Anita Hardegger,
Personalentwicklung/
-strategie,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Rafik Yezza,
Bankenregulierung
& Retail Banking,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Esther Eggenberger,
Assistentin der
Geschäftsleitung,
Liechtensteinischer
Bankenverband



GASTAUTOREN DIESER AUSGABE

Johannes J. Schraner,
freier Autor und
EU-Experte



Dr. Irene Salvi,
Leiterin, Abteilung
Internationales,
Steuerverwaltung
Liechtenstein



Daniel Jenal,
Verantwortlicher
für Konsum,
Pro Juventute



Lynn Reaser, Chief
Economist, Fernmanian Business &
Economic Institute,
Point Loma Nazarene
University



Ursula Finsterwald,
Group Sustainability
Managerin,
LGT Group



Karl H. Richter, Ad-
visor, Social Impact
Investment, Euclid
Network



Dr. Günther Dobrauz-
Saldapenna, Asset
Management Regu-
latory & Compliance
Services, PwC Zürich



Innovation



© yuryimaging - Fotolia.com

Nachgeschlagen

Innovation: Erneuerung, Neuerung, Neugestaltung, Umgestaltung, Verbesserung, Wandel, Umbildung, Umwandlung, Neuordnung

Zitiert

Alles Alte, soweit es Anspruch darauf hat, sollen wir lieben, aber für das Neue sollen wir recht eigentlich leben.

Theodor Fontane

Ändere die Welt; sie braucht es.

Bertolt Brecht

Most people do things because they have to. Those that get ahead do things because they don't have to.

Verfasser unbekannt

Innovationen sind nicht marktgetrieben, sie treiben den Markt. Der Preis für solches Treiben ist gleichsam ständige Atemnot.

Josef Brauner

Innovationsstärke wird mehr als früher zum Schlüssel einer höheren Wettbewerbsfähigkeit. Die Hälfte aller Produkte, die wir in fünf Jahren verkaufen wollen, müssen wir erst entwickeln.

Karl Heinz Beckurts

Invent the future – das ist die sicherste Methode, sie vorauszusagen.

Alan Kayt

Hingewiesen

Die Chronologie der 100 wichtigsten Erfindungen:
www.geo.de/GEO/heftreihen/geokompakt/60034.pdf

Erzählt

Der angekettete Elefant

Als ich ein kleiner Junge war, war ich vollkommen vom Zirkus fasziniert. Am meisten gefielen mir die Tiere, vor allem der Elefant hatte es mir angetan. Wie ich später erfuhr, ist er das Lieblingstier vieler Kinder. Während der Zirkusvorstellung stellte das riesige Tier sein ungeheures Gewicht, seine eindrucksvolle Grösse und seine Kraft zur Schau. Nach der Vorstellung aber und auch in der Zeit bis kurz vor seinem Auftritt blieb der Elefant immer am Fuss an einen kleinen Pflock angekettet. Der Pflock war allerdings nichts weiter als ein winziges Stück Holz, das kaum ein paar Zentimeter tief in der Erde steckte. Und obwohl die Kette mächtig und schwer war, stand für mich ganz ausser Zweifel, dass ein Tier, das die Kraft hatte, einen Baum mitsamt der Wurzel auszureissen, sich mit Leichtigkeit von einem solchen Pflock befreien und fliehen konnte. Dieses Rätsel beschäftigt mich bis heute. Was hält ihn zurück? Warum macht er sich nicht auf und davon? Als Sechs- oder Siebenjähriger vertraute ich noch auf die Weisheit der Erwachsenen. Also fragte ich einen Lehrer, einen Vater oder Onkel nach dem Rätsel des Elefanten. Einer von ihnen erklärte mir, der Elefant mache sich nicht aus dem Staub, weil er dressiert sei. Meine nächste Frage lag auf der Hand: „Und wenn er dressiert ist, warum muss er dann noch angekettet werden?“ Ich erinnere mich nicht, je eine schlüssige Antwort darauf bekommen zu haben. Mit der Zeit vergass ich das Rätsel um den angeketteten Elefanten und erinnerte mich nur dann wieder daran, wenn ich auf andere Menschen traf, die sich dieselbe Frage irgendwann auch schon einmal gestellt hatten. Vor einigen Jahren fand ich heraus, dass zu meinem Glück doch schon jemand weise genug gewesen war, die Antwort auf die Frage zu finden: Der Zirkuselefant flieht nicht, weil er schon seit frühester Kindheit an einen solchen Pflock gekettet ist. Ich schloss die Augen und stellte mir den wehrlosen neugeborenen Elefanten am Pflock vor. Ich war mir sicher, dass er in diesem Moment schubst, zieht und schwitzt und sich zu befreien versucht. Und trotz aller Anstrengung gelingt es ihm nicht, weil dieser Pflock zu fest in der Erde steckt. Ich stellte mir vor, dass er erschöpft einschläft und es am nächsten Tag gleich wieder probiert, und am nächsten Tag wieder, und am nächsten ... Bis eines Tages, eines für seine Zukunft verhängnisvollen Tages, das Tier seine Ohnmacht akzeptiert und sich in sein Schicksal fügt. Dieser riesige, mächtige Elefant, den wir aus dem Zirkus kennen, flieht nicht, weil der Ärmste glaubt, dass er es nicht kann. Allzu tief hat sich die Erinnerung daran, wie ohnmächtig er sich kurz nach seiner Geburt gefühlt hat, in sein Gedächtnis eingebrannt. Und das Schlimme dabei ist, dass er diese Erinnerung nie wieder ernsthaft hinterfragt hat. Nie wieder hat er versucht, seine Kraft auf die Probe zu stellen.

Jorge Bucay aus „Komm ich erzähle dir eine Geschichte“